INTOSAI

Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle

Oktober 2000

A02148

SP-02-11

Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle

Oktober 2000–Jahrgang 27, Nr. 4

© *2000 International Journal of Government Auditing, Inc.*

Die Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle wird vierteljährlich (im Januar, April, Juli und Oktober) im Auftrag der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) herausgegeben und erscheint in Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Sie ist das offizielle Organ der INTOSAI und soll mithelfen, Verfahren und Methoden der staatlichen Finanzkontrolle zu fördern. Die in ihr enthaltenen Stellungnahmen und Meinungen entsprechen den persönlichen Ansichten der Redakteure bzw. der Verfasser der einzelnen Beiträge, müssen sich aber nicht immer mit der offiziellen Meinung der Organisation decken.

Artikel, Fachbeiträge und sonstige Mitteilungen werden an die Redaktion (editorial offices, c/o US General Accounting Office, Room 7806, 441 G Street, NW, Washington D.C. 20548 USA) erbeten (Fernsprechanschluß: 202-512-4707, Telefax: 202-512-4021. E-Mail: <chases@gao.gov>).

Da diese *Zeitschrift* vor allem in den weniger entwickelten Ländern auch als Lehrmittel dient, finden vornehmlich praxisorientierte Beiträge über die Rechnungsprüfung im öffentlichen Bereich Berücksichtigung. Dazu gehören beispielsweise Fallstudien, Vorstellungen über neue Prüfungsmethoden oder detaillierte Darlegungen über Schulungsprogramme für Rechnungsprüfer. Auf überwiegend theoretisch orientierte Beiträge wird bewußt verzichtet.

Die *Zeitschrift* wird weltweit an die Leiter derjenigen Obersten Rechnungskontrollbehörden verteilt, die in der INTOSAI mitarbeiten. Sonstige Interessenten können sie für jährlich US $ 5.00 abonnieren. Der Zahlungs- und Schriftverkehr für alle Ausgaben ist an die Geschäftsleitung (Administration Office) der Zeitschrift zu richten — P.O.Box 50009, Washington, D.C. 20004, USA.

Alle in dieser *Zeitschrift* erscheinenden Beiträge werden im Sachregister des vom American Institute of Certified Public Accountants herausgegebenen **Accountants' Index** und in den **Management Contents** bibliographisch erfaßt. Bestimmte Beiträge werden auszugsweise auch durch die Anbar Management Services in Wembley, England, sowie von der University Microfilms International, Ann Arbor, Michigan, USA, veröffentlicht.

Inhalt

1 Leitartikel

6 Kurzmitteilungen

11 Prüfung des Prüfers: Eine Peer Review der ORKB Islands

15 Länderprofil: Bahrain

18 Neuerscheinungen

20 INTOSAI Intern

Redaktionsbeirat

Franz Fiedler, Präsident, Rechnungshof, Österreich
L. Denis Desautels, Auditor General, Kanada
Emna Aouij, Erster Präsident, Rechnungshof,Tunesien
David M. Walker, Comptroller General, Vereinigte Staaten
Clodosbaldo Russian Uzctegui, Contralor General, Venezuela

Präsident der IZSF

Linda L. Weeks (USA)

Chefredakteur

Donald R. Drach (USA)

Redakteurin

Linda J. Sellavaag (USA)

Redaktionelle Mitarbeiter / Außenredakteure

Office of the Auditor General(Kanada)
Kiyoshi Okamoto (ASOSAI-Japan)
Luseane Sikalu (SPASAI-Tonga)
Michael C.G. Paynter (CAROSAI-Trinidad und Tobago)
EUROSAI Generalsekretariat (Spanien)
Khemais Hosni (Tunesien)
Yadira Espinoza Moreno (Venezuela)
INTOSAI Generalsekretariat (Österreich)
U.S. General Accounting Office (USA)

Verwaltung

Sebrina Chase (USA)

Finanzen

U.S. General Accounting Office (USA)

Mitglieder des Präsidiums der INTOSAI

Guillermo Ramírez, Tribunal de Cuentas, Uruguay, Vorsitzender
Jong-Nam Lee, Chairman, Board of Audit and Inspection, Korea, Erster stellvertretender Vorsitzender
Tawfik I. Tawfik, State Minister and President, General Audit Bureau, Saudi-Arabien, Zweiter stellvertretender Vorsitzender
Franz Fiedler, Präsident des Rechnungshofes, Republik Österreich, Generalsekretär
Arah Armstrong, Director of Audit, Antigua und Barbuda
Iram de Almeida Saraiva, Ministro-Presidente do Tribunal de Contas da União, Brasilien
Lucy Gwanmesia, Minister Delegate, Kamerun
L. Denis Desautels, Auditor General, Kanada
Mohamed Gawdat Ahmed El-Malt, President, Central Auditing Organization, Ägypten
Hedda Von Wedel, Präsidentin des Bundesrechnungshofes, Deutschland
V. K. Shunglu, Comptroller and Auditor General, Indien
Abdessadeq El Glaoui, Président de la Cour des Comptes, Marokko
Bjarne Mork Eidem, Auditor General, Norwegen
Carmen Higaonna de Guerra, Contralor General, Peru
Alfredo José de Sousa, Presidente de Tribunal de Contas, Portugal
Pohiva Tu'i'onetoa, Auditor General, Tonga
David M. Walker, Comptroller General, Vereinigte Staaten

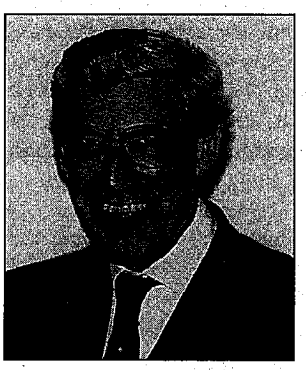
Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen

von Sir John Bourn, Comptroller und Auditor General, Großbritannien

In den letzten 20 Jahren war die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung in zahlreichen Ländern radikalen Veränderungen unterworfen. Die treibende Kraft hinter diesen Veränderungen war in vielen Fällen der Wunsch, die Produktivität der öffentlichen Dienstleistungen zu steigern – nach dem Motto: mehr Leistung, weniger Aufwand –, was im Einklang mit der allgemeinen Politik einer verstärkten Kontrolle der öffentlichen Ausgaben stand und in Folge ein Potential für Steuerreduzierungen schaffen sollte. Zur Erreichung dieses Ziels wurden vielfältige und weitreichende Reformen durchgeführt, darunter Privatisierungen, öffentlich-private Partnerschaften, die Errichtung von Binnenmärkten, die Trennung von Konsumenten und Anbietern öffentlicher Dienstleistungen sowie die Einrichtung neuer Organisationsstrukturen, um zwischen der Formulierung einer Politik und deren Umsetzung zu unterscheiden. Und die Trias von Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit, die sich in geringeren Kosten, einer effizienteren Nutzung der Ressourcen und der Festsetzung von Leistungszielen niederschlägt, stellte einen wichtigen Grundsatz für all jene dar, die für die Verwaltung der öffentlichen Gelder verantwortlich sind.

Hinter den Verbesserungsbestrebungen stand aber auch das umfassendere Ziel, die Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Dienstleistungen zu sichern. Allerdings wird Wirtschaftlichkeit nicht von allen als eindeutiges und objektives Konzept angesehen, das auch wirklich den Kern der Sache, also der Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen, trifft. Kritische Stimmen meinen, dass ihm eine besondere und einseitig gefärbte Konnotation anhaftet. Professor Howard Elcock schreibt zum Beispiel, dass die drei Begriffe Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit die Werte der Mittelklasse repräsentieren, deren vorrangige Ziele niedrige Steuern und ein Minimum an staatlicher Regulierung sind. Dies steht im Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse, die ein höheres Maß an Gleichberechtigung anstrebt und sehr stark von öffentlichen Dienstleistungen und Sozialleistungen abhängig ist. (Elcock H. 2000, „Management is not enough: we need leadership!" Public Policy and Administration, 15, 1, S. 16). Staatliche Rechnungsprüfer müssen ein offenes Ohr für solche Kritik haben und müssen, obwohl solche Auslegungen selbst in Frage gestellt werden können, ein Feingefühl für die Botschaften entwickeln, die ihre Vorgehensweisen möglicherweise unbewusst vermitteln.

In jüngster Zeit wurde ein größeres Augenmerk auf die Verbesserung der Qualität der Dienstleistungen gelegt, die der Staat für seine Bürger bereitstellen soll. Zu diesen Verbesserungen zählten unter anderem die schnellere Erbringung von Dienstleistungen, ein verbesserter Zugang zu und eine Koordinierung von Dienstleistungen, sodass sich die Bürger nur an eine Stelle oder einen sogenannten „One-Stop-Shop" wenden müssen, um verschiedene Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, und sie, wenn sie zum Beispiel um Arbeitslosenunterstützung ansuchen, gleichzeitig Beratung und Hilfe bei der Stellensuche erhalten. Dies alles ist Teil einer umfassenden Politik, die dazu führen soll, dass die Dienstleistungen verstärkt an die Bedürfnisse jener angepasst werden, die sie in Anspruch nehmen. Die schnellen Fortschritte auf dem Gebiet der Informationstechnologie und der zunehmende Einsatz des Internets eröffnen weitere Möglichkeiten, um öffentliche Dienstleistungen effizienter zu erbringen und in verstärktem Maße an die Bedürfnisse der Bürger in einer modernen Gesellschaft anzupassen.



Sir John Bourn

Da all diese Initiativen sowohl den öffentlichen als auch den privaten Sektor mit einbeziehen, spiegeln sie keine einheitliche Philosophie hinsichtlich einer guten Vorgehensweise bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen wider. Der Begriff „der dritte Weg" beschreibt einen Ansatz, der akzeptiert, dass einige Dinge besser vom öffentlichen Sektor erledigt werden und einige Dinge besser vom Privatsektor abgewickelt oder durchgeführt werden. Der „dritte Weg" legt auch ein größeres Augenmerk auf die Miteinbeziehung der Bedürfnisse der Endverbraucher, die die öffentlichen Dienstleistungen in Anspruch nehmen, und darauf, jene Gesellschaftsgruppen zu erreichen, die in der Vergangenheit oft ausgeschlossen wurden, wie zum Beispiel Langzeitarbeitslose und Behinderte.

Wie sieht die Rolle der ORKB in dieser schönen neuen Welt aus?

In Großbritannien finden wir uns zunehmend mit einer Reihe von neuen Themen konfrontiert. Einerseits müssen wir angesichts der Einführung neuer Formen der Leistungs-

erbringung sicherstellen, dass verlässliche Rechenschaftspflichtmechanismen existieren, um dem Parlament darüber Bericht zu erstatten, wofür das Geld der Steuerzahler ausgegeben wird, und vor allem darüber, ob die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit eingehalten werden. Das bedeutet, darauf zu achten, dass der Einsatz der öffentlichen Mittel nachvollziehbar ist, egal ob die jeweilige Dienstleistung von einer öffentlichen oder einer privaten Organisation erbracht wird. Andererseits hat die Verbesserung der Leistungserbringung auch mit Innovation und der Suche nach neuen Möglichkeiten und Methoden zu tun. Innovation ist immer mit einem gewissen Grad an Risiko verbunden, aber der öffentliche Sektor ist in vielen Fällen nicht sehr risikofreudig, aus Angst von den – internen und externen – Rechnungsprüfern und letztlich auch vom Parlament getadelt zu werden, sollte etwas schief gehen. Die ORKB sollte nicht als Abschreckungmittel gesehen bzw. eingesetzt werden, um zu verhindern, dass Manager des öffentlichen Sektors Initiativen ergreifen, die unter Umständen ein gewisses Risiko beinhalten, die aber gute Chancen haben, langfristige und nachhaltige Verbesserungen bei der Leistungserbringung zu bewirken. Unsere Philosophie ist es aufzuzeigen, dass externe Finanzkontrolle und unabhängige Berichterstattung an das Parlament durchaus konstruktiver Natur sind und eine wichtige Rolle für die positiven Veränderungen in der Ausübung der Verwaltungstätigkeit zum Nutzen der Steuerzahler sowohl als Bürger als auch als Konsumenten von öffentlichen Dienstleistungen spielen.

Der dritte Weg

Der Staat sollte nicht als Produzent von Gütern oder Dienstleistungen fungieren – dies sollte man am besten den Konkurrenzmärkten überlassen.

Das vom Privatsektor generierte Vermögen sollte dazu verwendet werden, öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung und soziales Wohl zu finanzieren.

Öffentliche Dienstleistungen sollten auf viele verschiedene Arten erbracht werden, wie z.B.: durch öffentliche Behörden auf zentraler und lokaler Ebene oder als Auftragsleistungen von Privatunternehmen.

Der öffentliche Dienst sollte klare Ziele abstekken, deren Erfüllung mittels einer Vielzahl von Prüfungsmechanismen festgestellt und bewertet werden sollte.

Die Meinung der Bürger bezüglich der Qualität der Dienstleistungen sollte als einer der Hauptfaktoren zur Bestimmung des Umfangs und Ausmaßes der öffent–lichen Dienstleistungen sowie zur Beurteilung deren Erfolges herangezogen werden.

Es gilt vor allem, die Leistungen so zu erbringen, dass auch jene in die Gemeinschaft integriert werden, die aufgrund der Belastungen des modernen Lebens oft ausgegrenzt werden.

Ich war der Ansicht, dass einige der Schlüsselmerkmale unseres Ansatzes zur Förderung der Reform des öffentlichen Sektors auch für andere Kollegen, die zu den Lesern dieser Zeitschrift zählen, von Interesse sein könnten.

Ein konstruktiver Ansatz für neue Formen der Leistungserbringung

Neue Formen der Leistungserbringung erfordern oft eine deutliche Abkehr von traditionellen Methoden der Verwaltungstätigkeit. Ein gutes Beispiel dafür sind in Großbritannien die sogenannten Private Finance Initiative(PFI)-Geschäfte, in deren Rahmen Verwaltungsdienststellen langfristige Aufträge für qualitativ hochwertige Dienstleistungen extern vergeben, um so von den Managementkompetenzen des Privatsektors zu profitieren, für die der Einsatz von Privatkapital einen deutlichen Motivationsfaktor darstellt. Der öffentliche Sektor kann die finanziellen Mittel des Privatsektors nutzen, um wichtige Vermögenswerte, wie Straßen oder Krankenhäuser zu errichten und zu betreiben, was ohne eine solche privatwirtschaftliche Finanzierung nicht möglich wäre. Im Rahmen solcher PFI-Geschäfte beauftragen Verwaltungsdienststellen einen privaten Lieferanten für die nächsten 20 oder mehr Jahre damit, bestimmte Dienstleistungen zu erbringen. Da es sich hier im Wesentlichen um einen neuen Ansatz handelt, muss die Verwaltung erst lernen, solche Initiativen erfolgreich umzusetzen. Wenn wir daher diese Initiativen einer objektiven Überprüfung unterziehen und etwaige Unplanmäßigkeiten oder eine Beeinträchtigung bzw. Verfehlung der Wirtschaftlichkeit aufzeigen, sollten wir dies unbedingt auf eine konstruktive Weise tun, damit daraus Lehren für die Zukunft gezogen werden können. So haben wir zum Beispiel durch eine Reihe von Berichten über mehr als 50 Privatisierungen und 15 PFI-Geschäfte eine solide Wissensbasis bezüglich guter Vorgehensweisen aufgebaut und haben unser Wissen in verschiedenen allgemeinen Berichten über die Durchführung von Privatisierungen und PFI-Geschäften weitergegeben.

Ausweitung des Schwerpunkts unserer Wirtschaftlichkeitsprüfungen

Die Entwicklung neuer Möglichkeiten der Leistungserbringung machte eine Veränderung des Schwerpunkts einiger unserer Überprüfungen zur Beurteilung der Qualitätsstandards der öffentlichen Dienstleistungen erforderlich. Zum Beispiel wurden für jede der großen Versorgungsindustrien – Gas, Strom, Wasser und Telekommunikation – nach ihrer Privatisierung wirtschaftsrechtliche Regulierungsstellen eingesetzt, um die Interessen der Konsumenten zu schützen und restriktive Praktiken zu verhindern. Unser gesetzmäßiger Auftrag schließt auch diese Regulierungsstellen mit ein, und wir haben mehrere Berichte über ihre Tätigkeit veröffentlicht. Zwar weisen diese Stellen nur geringe Ausgaben auf, aber ihr Kompetenzbereich erstreckt sich auch auf Branchen, die Einnahmen in Milliardenhöhe verzeichnen. In einem Fall beurteilten wir die Wirksamkeit des Wettbewerbs auf dem heimischen Gasmarkt, indem wir untersuchten, wie die

Kunden von den günstigeren Gaspreisen profitierten, ob ihnen auch wirklich die freie Wahl des Versorgungsbetriebes offen stand, ob die Qualität der Leistung der neuen Versorgungsbetriebe besser war als vor der Liberalisierung des Marktes und ob die erhaltenen Vorteile auch langfristig Bestand hatten. Wir erstellten eine leicht lesbare Broschüre, in der gezeigt wurde, wie Privatkunden Gaskosten sparen können, und rund 11,000 Personen forderten die Broschüre telefonisch an.

Ergebnisse sind wichtiger als Abläufe

Traditionellerweise stand die Verlässlichkeit von Abläufen und Verfahren im Mittelpunkt der Prüfungsarbeit. Dies ist durchaus verständlich, da sich im Falle eines Fehlschlags das Risiko eines finanziellen Verlusts, mangelnder Wirtschaftlichkeit oder der Unangemessenheit erhöht. Letztlich hängt die Wirtschaftlichkeit von den Leistungen und Ergebnissen ab – Verbesserungen bei der Gesundheitsfürsorge, bessere Ausbildungsmöglichkeiten, verlässlichere Verkehrsmittel –, die von öffentlichen Geldern finanziert werden. Hierin liegen die Hauptinteressen von Parlament und Steuerzahlern. Das Modernisierungsprogramm der Verwaltung in Großbritannien bestärkt die einzelnen Verwaltungsdienststellen darin, bei der Entwicklung von Strategien und Programmen ein viel größeres Augenmerk auf längerfristige nachhaltige Ergebnisse zu legen. Unsere Wirtschaftlichkeitsprüfungen konzentrieren sich nun auch in verstärktem Maße auf Leistungen und Ergebnisse und nicht so sehr auf die dafür erforderlichen Abläufe. Das bedeutet nicht, dass wir nicht auch beurteilen, ob es Raum für eine Verbesserung der Verfahren gibt, aber unser Ausgangspunkt sind die geplanten Ergebnisse und nicht der dafür benötigte Vorgang. Normalerweise würden wir einzelne Verfahren nur dann überprüfen, wenn die geplanten Ergebnisse nicht erzielt wurden oder wenn sie nicht kostengünstig erscheinen – in diesen Fällen würde untersucht, ob die unzureichende Leistung auf die jeweiligen Verfahren zurückzuführen ist. Ein Beispiel einer Studie mit einem deutlich ergebnisorientierten Schwerpunkt ist unser Bericht über Maßnahmen zur Minimierung der Fälle von im Krankenhaus erworbenen Infektionen. Die meisten Leute sind der Ansicht, dass ein Krankenhausaufenthalt die Gesundheit fördert. Aber bei vielen Patienten, die in Krankenhäusern behandelt werden, verschlechtert sich der Gesundheitszustand. In Großbritannien leiden rund 9 % der stationär behandelten Patienten irgendwann einmal an einer im Krankenhaus erworbenen Infektion, was einer Zahl von mindestens 100.000 Infektionen pro Jahr gleichkommt. Unser Bericht wurde von einem Team von Ärzten und anderen Gesundheitsexperten und unserer eigenen Gesundheitssektion erstellt. Im Bericht wurde aufgezeigt, wie man durch die landesweite Übernahme guter Vorgehensweisen die Zahl der Infektionen senken kann. Ein weiterer Bericht befasste sich mit künstlichen Hüftgelenken. In England werden vom National Health Service rund 30.000 Hüftgelenksersatzoperationen pro Jahr vorgenommen. Unser Bericht konzentrierte sich auf Maßnahmen für das Management der Patientenbetreuung angefangen von der Aufnahme im Krankenhaus bis zur vollständigen Genesung. Das Hauptaugenmerk dieses Berichts lag klar auf den Möglichkeiten zur Verbesserung des Resultats für den Patienten.

Durchführung von gemeinschaftlichen Prüfungen

Eine Dienstleistung für Bürger zu erbringen ist häufig nicht die Aufgabe einer einzelnen Abteilung oder Stelle – es können viele öffentliche, private und freiwillige Organisationen in diesen Prozess involviert sein. Wenn es sich dabei um qualitativ hochwertige und kostengünstige Dienstleistungen handeln soll, müssen sie gemeinsam geplant werden, sodass alle Beteiligten auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten. Auch die Finanzkontrolle sollte diesem kooperativen Ansatz folgen, um so Doppelgleisigkeiten – durch externe und interne Prüfungen, Inspektoren und Regulatoren – zu minimieren und um sicherzustellen, dass unsere Wirtschaftlichkeitsprüfungen nicht in einem zu engen Blickwinkel erfolgen, sondern all jene Faktoren mit einbeziehen, die den Erfolg eines Programms beeinflussen können. Auf diese Weise sind wir in der Lage, eine umfassendere Beurteilung vorzunehmen und zu garantieren, dass die gute Vorgehensweise, auf die in unseren Berichten hingewiesen wird, für alle an der Leistungserbringung beteiligten Organisationen von Relevanz ist und von ihnen akzeptiert wird. Wir haben dort, wo es der Kostenwirksamkeit und der Verbesserung der Prüfungsarbeit diente, immer mit anderen Prüfern, Inspektoren und Regulatoren zusammengearbeitet, und wir werden diese Vorgehensweise in Zukunft ausbauen. Durch verstärkt gemeinschaftlich koordinierte Prüfungen unterstützen wir die Reform des öffentlichen Sektors, indem wir die Verwaltungsdienststellen darin bekräftigen, bei der Entwicklung und Umsetzung von Programmen weiter auszuholen und sich nicht ausschließlich auf ihren eigenen engen Aufgabenbereich zu beschränken. Diese Problematik ist Gegenstand unseres jüngsten Berichts mit dem Titel „Criminal Justice: Working together" über die Kooperation im Bereich der Strafjustiz. Im britischen Justizsystem werden Personen, die von der Polizei festgenommen wurden, der Staatsanwaltschaft vorgeführt, die entscheidet, ob Anklage erhoben wird. Dann gibt es die Gerichte selbst, die Strafvollzugsbehörden und schließlich die Bewährungshilfe, die die Straftäter nach ihrer Entlassung betreut. Üblicherweise betrachtet jede dieser Behörden ihre Arbeit als in sich abgegrenzten Aufgabenbereich und ist bestrebt, die Erreichung ihrer eigenen Ziele zu optimieren. Aber Maßnahmen, die für die eine Behörde von Vorteil sind, können für eine andere Kosten verursachen. Zum Beispiel ist es für eine effiziente Bearbeitung der Fälle vor Gericht unter Umständen erforderlich, dass die Häftlinge mehrmals vor Gericht erscheinen, wenn ihre Fälle nicht zum ursprünglich für die Anhörung anberaumten Termin behandelt werden können. Wir haben daher die „Versorgungskette" der Strafjustiz untersucht und verschiedene Maßnahmen aufgelistet, die von den Behörden ergriffen werden könnten, um die Zusammenarbeit zu verbessern und den Prozess, in dem die Häftlinge das Justizsystem durchlaufen, zu beschleunigen, wobei natürlich die gesetzlichen Rechte dieser Personen immer gewahrt bleiben.

Verbesserungen bei der Leistungsberichterstattung

Leistungsmessung und –berichterstattung sind für alle Bereiche des öffentlichen Managements, einschließlich Planung, Überwachung, Evaluierung und öffentliche Rechenschaftspflicht, von essentieller Bedeutung. Leistungsergebnisse, die in den Jahresberichten der Verwaltungsbehörden aufgeführt sind, stellen wichtige Aufzeichnungen dar, die Aufschluss über die Fortschritte der jeweiligen Behörde bei der Erreichung ihrer Ziele geben und durch deren Veröffentlichung eine Art Verbesserungsdruck ausgeübt werden kann. Gute Berichte helfen dem Parlament und der Öffentlichkeit zu bewerten, wie sinnvoll die öffentlichen Mittel verwendet werden und was letztendlich damit erreicht wird. Wir haben eine Reihe von unabhängigen Überprüfungen von Leistungsdaten durchgeführt und streben nun einen gesetzlichen Auftrag zur Überprüfung der von Verwaltungsdienststellen und ihren Behörden veröffentlichten Leistungsdaten an. Im Februar 2000 wurde von der britischen Verwaltung eine unabhängige Überprüfung der Prüfungserfordernisse der zentralen Verwaltung angekündigt. Dabei wird unter anderem auch die Rolle der Finanzkontrolle bei der Überprüfung von Leistungsdaten untersucht werden.

1999 veröffentlichten wir einen für das Parlament erstellten Bericht über gute Vorgehensweisen bei der Leistungsberichterstattung in ausführenden Behörden und unabhängigen öffentlichen Stellen. Dieser Bericht behandelte eine Vielzahl von Aspekten, wie zum Beispiel die Notwendigkeit, Erfolgsmaßstäbe an die Ziele und Zielsetzungen der jeweiligen Behörde anzupassen; die Berichterstattung über die Ergebnisse der Behördentätigkeit; die Wichtigkeit, Interessen und Bedürfnisse von Interessengruppen bei der Formulierung von Erfolgsmaßstäben zu berücksichtigen; und die Notwendigkeit, eine umfassende Darstellung der Behördenleistung zu präsentieren. Als Follow-up zu diesem Bericht, führen wir im Moment eine Untersuchung aller Leistungsmessungsmethoden durch, die bei den Verwaltungsdienststellen zur Anwendung gelangen.

Verwaltung im Informationszeitalter

Die modernen Informationstechnologien bieten zahlreiche Möglichkeiten zur Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen. Sie verfügen auch über ein beträchtliches Potential, um die Effizienz von Verwaltungsorganisationen in allen Bereichen ihrer Tätigkeit zu steigern. Die Schaffung einer modernen, dem Informationszeitalter entsprechenden Verwaltung ist ein zentrales Element des Modernisierungsprogramms. Allerdings müssen zu dessen Verwirklichung die Bürger von der Verlässlichkeit der EDV-Systeme der Verwaltung sowie von der vertraulichen Behandlung ihrer Daten überzeugt sein.

Wir unterstützen die Schaffung einer dem Informationszeitalter entsprechenden Verwaltung durch unsere Untersuchungen der Umsetzung von IT-Projekten und der Verlässlichkeit von EDV-Systemen. Wir haben auch einen Bericht mit dem Titel „Government on the Web" veröffentlicht, in dem überprüft wurde, welche Fortschritte bei der elektronischen Verfügbarkeit der Leistungen, die Verwaltungs–dienststellen für Privatpersonen und Unternehmen erbringen, erzielt wurden. Von besonderem Interesse war dabei die Erreichung des von der Verwaltung festgelegten Ziels, dass bis 2002 25 % aller Transaktionen zwischen Bürgern und Verwaltung elektronisch durchgeführt werden können, wobei dieser Prozentsatz bis zum Jahr 2005 auf 50 % und bis zum Jahr 2008 auf 100 % angehoben werden soll. Dies war die erste Studie des NAO, die zur Gänze extern – bei der London School of Economics and Political Science – in Auftrag gegeben wurde.

Die Studie beinhaltete eine Zählung aller Websites der zentralen Verwaltung, eine Befragung aller Dienststellen und Behörden sowie Vergleiche mit führenden privatwirtschaftlichen Organisationen und bewertete die in Großbritannien gemachten Fortschritte im Vergleich zu drei ausländischen Verwaltungen – Australien, Deutschland und den Vereinigten Staaten. Im Bericht wurde festgestellt, dass größere Fortschritte erforderlich sind, um die potentiellen Vorteile des Internets voll auszunutzen und mögliche Kostenersparnisse zu realisieren. Wenn zum Beispiel 12 % der 160 Millionen Telefongespräche, die pro Jahr bei den Sozialversicherungsstellen eingehen, dadurch ersetzt werden könnten, dass die Leute die gewünschten Informationen von der Website der Dienststelle beziehen, könnten jährlich £ 7,7 Millionen eingespart werden.

Eingehen von kalkulierbaren Risiken

Der Großteil der Innovationen am Privatsektor ist darauf zurückzuführen, dass gewisse Risiken eingegangen und neue Praktiken angewendet werden, um Dienstleistungen für wichtige Kunden zu verbessern und auf diese Weise die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens beizubehalten und zu steigern. Auch für den öffentlichen Sektor spielt das Eingehen gut gesteuerter Risiken eine wichtige Rolle. Risikomanagement kann zu einer Verbesserung der Leistungen durch innovatives Handeln, zu einer effizienteren Nutzung der Ressourcen, zur Verringerung von Verschwendung und Betrug und zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit führen. In einer Reihe von öffentlichen Kommentaren sprachen wir uns deutlich für das Eingehen gut gesteuerter Risiken aus und veröffentlichten vor kurzem einen Bericht über gute Vorgehensweisen beim Risikomanagement. Wir werden oft gefragt, was wir unter „gut kalkuliertem Eingehen von Risiken" verstehen. Diesbezüglich läßt sich feststellen, dass als Faustregel Risiken dann eingegangen werden, wenn:

- gute Chancen bestehen, nachhaltige Verbesserungen bei der Leistungserbringung und der Wirtschaftlichkeit zu erzielen;
- verlässliche Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden, sodass im Falle von Problemen die Dienstleistungen für die Öffentlichkeit aufrechterhalten werden und negative Auswirkungen auf die Ergebnisse der wichtigsten Programme, wie zum Beispiel Verzögerungen oder vermin-

derte Qualität, so gering wie möglich gehalten werden; und

- die oberste Führungsetage der jeweiligen Dienststelle davon überzeugt ist, dass die Schlüsselrisiken für ihre Organisation identifiziert, beurteilt und aktiv gesteuert werden.

Marketing zur Förderung einer wirkungsvolleren Arbeit

Das große Interesse des Rechnungsprüfungsausschusses an unserer Arbeit und die Tatsache, dass die Leiter der Verwaltungsdienststellen und –behörden vor den Ausschuss zitiert werden können, um Fragen zu unseren Berichten zu beantworten, stellen einen wirksamen Anreiz für die verschiedenen Dienststellen dar, unsere Arbeit ernst zu nehmen und unsere Empfehlungen zu befolgen. Wenn allerdings unsere Empfehlungen in lang anhaltenden Verbesserungen der Wirtschaftlichkeit münden sollen, müssen die Verwaltungsdienststellen in zunehmendem Maße den großen Wert und die praktische Relevanz unserer Arbeit für die administrativen Reformen innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs erkennen. Zu diesem Zweck haben wir große Anstrengungen in die Vermarktung unserer Berichte an die wichtigsten Interessengruppen in den verschiedenen Abteilungen investiert und sind bemüht, neue, ansprechendere Präsentationsformen für diese Berichte zu finden, damit sie von Führungskräften der unteren und mittleren Ebene auch gelesen und umgesetzt werden. Wir veröffentlichen in regelmäßigen Abständen eine Zusammenfassung der wesentlichsten Erkenntnisse aus aktuellen Berichten in Form eines Newsletters mit dem Titel „Focus", der an eine große Zahl von Verwaltungsdienststellen geschickt wird. Um auf unsere Arbeit aufmerksam zu machen, veranstalten wir außerdem regelmäßig Seminare und organisieren Konferenzen. So veranstalteten wir zum Beispiel anlässlich der Veröffentlichung unseres Berichts über im Krankenhaus erworbene Infektionen eine Konferenz, an der 500 medizinische Fachkräfte und Gesundheitsadministratoren einschließlich des Gesundheitsministers teilnahmen. Unsere Arbeit auf diese Art zu vermarkten, verwässert in keiner Weise des Status der unabhängigen Finanzkontrolle und der parlamentarischen Aufsichtsfunktion. Vielmehr soll dadurch sichergestellt werden, dass wir mit unserer Arbeit in höchstem Maße zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit beitragen.

Zusammenfassung

Viele Länder haben große Programme zur Reformierung ihrer öffentlichen Dienstleistungen in Angriff genommen, um die Mittel der öffentlichen Hand besser zu nutzen und die Qualität der Dienstleistungen für die Bürger zu erhöhen. In unserer Eigenschaft als ORKBn müssen wir auf diese Reformprogramme reagieren. Unsere Erfahrungen in Großbritannien haben gezeigt, dass wir dies am besten auf folgende Weise erreichen können:

- Gewährleistung, dass für jede durchgeführte Reform funktionierende Rechenschaftspflichtmechanismen existieren;
- Kombinierung einer objektiven und unabhängigen Überprüfung der Reformen mit einer zukunftsorientierten und konstruktiven Berichterstattung, zum Beispiel durch Hervorhebung guter Vorgehensweisen, die allgemein zur Verbesserung der öffentlichen Verwaltung angewendet werden können; und
- Übernahme einer allgemeinen Strategie, um darzulegen, dass das NAO, indem es sein vorrangiges Ziel erfüllt und die Einhaltung der Rechenschaftspflicht für die Verwendung von öffentlichen Finanzmitteln gegenüber dem Parlament sicherstellt, mit seiner Arbeit auch einen Impuls für positive Veränderungen setzen kann.

Ich hoffe, dass zumindest einige unserer Erfahrungen für Kollegen in anderen Ländern, die ähnlichen Herausforderungen gegenüber stehen, von Interesse sind. Die Stärke der internationalen Gemeinschaft der ORKBn, von der ich immer sehr beeindruckt war, ist unser Engagement auf dem Gebiet des Wissens- und Erfahrungsaustauschs, zu dem diese Zeitschrift einen äußerst wertvollen Beitrag leistet. ■

Kurzmitteilungen

Belgien

F-16 Konferenz

Führende Mitarbeiter der ORKBn der fünf am internationalen F-16 Koproduktionsprogramm teilnehmenden Länder – Belgien, Dänemark, Norwegen, die Niederlande und die USA – trafen am 21. Juni 2000 in Brüssel zusammen.

Die Teilnehmer erörterten die Ergebnisse des Berichts über die Abwicklung des F-16 Nachrüstungsprojekts. Das GAO informierte die Teilnehmer über die Resultate einer vom GAO durchgeführten Überprüfung der Preisgestaltung des Nachrüstungsprogramms (GAO/INSIAD-96-232, 24. September 1996). Die Konferenzteilnehmer erhielten auch einen Überblick über die Bemühungen zur Neugestaltung des Systems für den Verkauf von Rüstungsgütern ins Ausland in Bezug auf Vertragsverhandlungen und Beschleunigung der Vertragsabschlüsse.

Im Jahr 1977 schlossen die vier oben genannten europäischen Länder mit den Vereinigten Staaten einen Vertrag über die gemeinsame Produktion von 998 Leichtgewichts-Mehrzweckkampfflugzeugen vom Typ F-16 ab. Das Ziel bestand in der Förderung der Standardisierung von NATO-Waffensystemen, in der Herstellung eines kostengünstigen Kampfflugzeugs und in der Steigerung der Industrietätigkeit der Vertragspartner. Die Obersten Rechnungskontrollbehörden der teilnehmenden Staaten vereinbarten, sich einmal im Jahr zu einem Austausch der im Rahmen des F-16 Programms gemachten Erfahrungen zu treffen und gemeinsam eine Prüfung spezifischer Bereiche durchzuführen.

Nähere Informationen über die F-16 Konferenz der ORKBn sind erhältlich bei: J. Beckers, Cour des Comptes, Regentschapsstraat 2, B-1000 Brüssel, Belgien (Tel.: 32-02-551-8248; Fax: 32-02-551-8622; e-mail: F16SAIConference@ccrek.be)

Bermuda

Prüfungsbericht für 1999

Der Jahresbericht des Auditor General für 1999 wurde am 10. März 2000 dem Repräsentantenhaus (House of Assembly) vorgelegt. Seit 1998 werden in jedem Prüfungsbericht sechs verschiedene Gebiete betreffende, nachhaltige Problembereiche beleuchtet, die die besondere Aufmerksamkeit des Repräsentantenhauses verdienen.

Erstens wird im Bericht festgestellt, dass viele Fonds und Organisationen mit ihrer Finanzberichterstattung um Jahre im Rückstand sind. Als Folge kann das Repräsentantenhaus den Staat nicht für die Verwaltung dieser Gelder zur Verantwortung ziehen. Zweitens brachte der Auditor General auch seine Besorgnis über rund 74 nicht befolgte Prüfungsempfehlungen aus diesem und früheren Berichten zum Ausdruck. Drittens wurde im Bericht festgehalten, dass einige der mit der Haushaltsführung betrauten Personen über keine entsprechende Ausbildung verfügen, und dass es in der Verwaltung zu wenig Fachkräfte im Rechnungswesen gibt.

Viertens hieß es im Bericht, dass eine unzureichende Finanzgebarung zu Fehlern und mangelnder Kontrolle in Bereichen wie Ausgaben, Steuereingängen, Aktiva, Bankkonten, Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Kontraktmanagement geführt habe. Ohne entsprechende Finanzkontrollen und genaue und zeitgerechte Informationen, ist es den jeweiligen Verantwortlichen nicht möglich, ihre finanziellen Ressourcen wirtschaftlich zu verwalten.

Fünftens hebt der Bericht hervor, dass die staatlichen Abgabenbehörden zuviel Toleranz gegenüber Arbeitgebern zeigten, die ihre Pensionsbeiträge oder Lohnsteuern zu spät oder überhaupt nicht bezahlten. Sechstens wurde aufgrund der verspäteten Finanzberichterstattung weder das Repräsentantenhaus noch die Öffentlichkeit über das Ausmaß des Cash Flow-Defizits des Pensionsplans informiert.

Nähere Informationen über den Bericht sind erhältlich bei: Office of the Auditor General, Government Administration Bldg., 30 Hamilton, HM-12, Bermuda.

Teilnehmer aus Belgien, Dänemark, den Niederlanden, Norwegen und den Vereinigten Staaten trafen in Brüssel zusammen, um über das F-16 Kooperationsprojekt zu diskutieren

Costa Rica

Jahresbericht 1999

Am 1. Mai 2000 präsentierte die ORKB von Costa Rica der Gesetzgebenden Versammlung ihren Jahres–

bericht für 1999. Der Jahresbericht umfasst die folgenden vier Teile:

Der erste Abschnitt zieht Bilanz über die Jahrestätigkeit der ORKB. Zusammengefasst wurde berichtet, dass die ORKB den Jahresgeschäftsplan zufriedenstellend ausgeführt habe, wobei auch der institutionelle Modernisierungsprozess berücksichtigt wurde, der zur Zeit in der ORKB stattfindet. Weiters wurde die ORKB von 10 hierarchisch aufgebauten Generaldirektionen in drei Abteilungen und einen institutionellen strategischen Bereich umstrukturiert. Als letzter Punkt wird berichtet, dass die Ausgaben der ORKB auf 4.000 Millionen Colones stiegen, was einem Betrag von 15 Cents pro 100 Colones des Haushalts der öffentlichen Hand gleichkommt.

Im zweiten Abschnitt wird über den finanziellen und physischen Zustand der öffentlichen Institutionen berichtet. Zunächst wird die Verwaltung der Republik beleuchtet, daran anschließend werden ausgewählte regionale öffentliche Institutionen analysiert und schließlich werden Finanz- und Wirtschaftsinformationen über die Verwaltung im Allgemeinen, über den nicht-erwerbswirtschaftlichen Bereich des öffentlichen Sektors und über den öffentlichen Sektor insgesamt präsentiert.

Der dritte Abschnitt beinhaltet die Ansichten und Vorschläge, die die ORKB den Abgeordneten der Gesetzgebenden Versammlung als Grundlage für die Ausübung ihrer Aufsichtsfunktion unterbreiten möchte. In diesem Abschnitt wurden folgende Punkte behandelt: eine Definition der für bestimmte Stellen, vor allem in Bezug auf die Auftragsvergabe im Verwaltungsbereich, geltenden Gesetze und Verordnungen; die häufigsten Schwachpunkte der internen Kontrolle, die im Zuge der Tätigkeit der ORKB festgestellt wurden; der anhaltende Mangel an für die Durchführung von Innenrevisionen verfügbaren Ressourcen, dessen Folge eine unzureichende Verwaltung der öffentlichen Mittel ist; die Übertragung von öffentlichen Geldern an nicht-staatliche Organisationen; und die Einschränkung von Prüfungen auf oberster Ebene in Gebietskörperschaften.

Der letzte Abschnitt ist ein statistischer Anhang mit wichtigen Finanzinformationen über die öffentlichen Institutionen in Costa Rica, die im zweiten Abschnitt des Berichts nicht berücksichtigt wurden.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Contraloría General de la República de Costa Rica, P.O. Box 1179-1000, San José, Costa Rica, Tel.: (506) 220-3120, Fax: (506) 220-4385, e-mail: inforcgr@cgr.go.cr oder im Internet unter: http://www.cgr.go.cr

Großbritannien

Internationaler Schulungskurs

Das National Audit Office (NAO) veranstaltete von 7. September – 6. Oktober seinen 8 jährlichen internationalen Schulungskurs. Das vierwöchige Intensivprogramm, das aus zwei Modulen, Ordnungsmäßigkeitsprüfung und Wirtschaftlichkeitsprüfung besteht, konzentrierte sich dabei vor allem auf die Prüfungsmethoden des NAO. Der Kurs beinhaltet zwar keine Exkursionen oder Vor-Ort-Inspektionen, aber beide Module umfassen praktische Erläuterungen, Beispiele und Fallstudien aus vom NAO durchgeführten Rechnungsprüfungen und Wirtschaftlichkeitsstudien. Der Kurs wird interaktiv gehalten, und die Teilnehmer werden dazu angeregt, Fragen zu stellen und Elemente aus ihrer eigenen Erfahrung beizusteuern.

Eines der Hauptziele des Programms ist die Förderung des Dialogs zwischen den Kursteilnehmern während ihres Aufenthalts im NAO und die Aufrechterhaltung dieses Dialogs nach Beendigung des Kurses. Zusätzlich zum Unterricht im Klassenzimmer bieten sich den Teilnehmern zahlreiche Möglichkeiten, um mit den Mitarbeitern des NAO zusammenzutreffen und Meinungen auszutauschen.

Seit dem Pilotversuch im Jahr 1993 haben mehr als 100 Mitarbeiter von ORKBn und anderen Organisationen an diesen Kursen teilgenommen. Die Regionalorganisationen der INTOSAI zählen zu den großen Befürwortern dieses Programms, und das NAO rechnet damit, auch beim 2001 stattfindenden Kurs die volle Teilnehmerzahl von 16 zu erreichen.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: National Audit Office, International Relations, 157-197 Buckingham Palace Road, Victoria, London SW1W 9SP, Großbritannien, Fax: +44-020 7798 7466 oder e-mail: international.nao@gsi.gov.uk.

Hongkong

Bericht an den Legislativrat

Der jüngste Bericht (Nr. 34) des Director of Audit, der die Ergebnisse von acht von Oktober 1999 bis Februar 2000 durchgeführten Wirtschaftlichkeitsprüfungen enthält, wurde am 15. März 2000 dem Präsidenten des Legislativrats vorgelegt. Er wurde am 29. März 2000 dem Rat unterbreitet, und der Rechnungsprüfungsausschuss legte dem Rat am 21. Juni 2000 seinen Bericht über den Prüfungsbericht vor.

Der Prüfungsbericht beinhaltete umfassende Studien über den öffentlichen Abschleppdienst und die KFZ-Verwahrstellen, die Dienstleistungen des Official Receiver's Office, das Personalmanagement in der Straßenverwaltung, die Justizverwaltung sowie eine Überprüfung von Pensionsanpassungen. Die Studien ergaben US$ 53 Millionen an Einsparungen und Gewinnen für die Verwaltung der Besonderen Verwaltungsregion Hongkong.

In den meisten Fällen wurden die Prüfungsempfehlungen von der Verwaltung akzeptiert und vom Rechnungsprüfungsausschuss bestätigt. Die Studie über die Justizverwaltung zeigt zum Beispiel Möglichkeiten zur Verbesserung der Wartezeiten bei Gericht, der Nutzung der Justizressourcen und der gerichtlichen Hilfsdienste auf. Dies führte wiederum zu einer Steigerung der Wirtschaftlichkeit und der öffentlichen Rechenschaftspflicht des Justizsektors.

Nähere Informationen über den Bericht sind erhältlich auf der Internet Homepage der Audit Commission unter www.info.gov.hk/aud oder bei: Audit Commission, 26th Floor, Immigration Tower, 7 Gloucester Road, Wanchai, Hongkong,
e-mail: audaes2@aud.gcn.gov.hk Fax: (852)2824 2087.

Indien

Kooperation zwischen den Leitern der indischen und polnischen ORKBn

Am 10. Mai 2000 unterzeichnete der Comptroller und Auditor General von Indien während einer Reise nach Warschau, Polen, ein Übereinkommen mit der Obersten Kontrollkammer der Republik Polen, um den Austausch von Fachwissen und Erfahrungen zwischen den beiden Ländern zu vereinfachen. Das Ziel des Übereinkommens ist es, den Mitarbeitern dieser beiden ORKBn die Möglichkeit zur Teilnahme an ausgewählten internationalen Konferenzen, Seminaren, Praktika und Schulungsprogrammen zu geben. Die Unterzeichnung des Übereinkommens und der Besuch des Comptroller und Auditor General von Indien in Polen leiteten eine neue, für beide Seiten gewinnbringende Phase in den bilateralen Beziehungen dieser beiden Länder ein.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Office of the Comptroller and Auditor General, 10, Bahadur Shah Zafar Marg, New Delhi 110002, Indien.

Mexiko

Erstes internationales Forum über staatliche Finanzkontrolle

Die mexikanische ORKB (Contaduría Mayor de Hacienda) veranstaltete am 21. und 22. Oktober 1999 in Mexico City ihr erstes internationales Forum über staatliche Finanzkontrolle. Das Forum fand unter dem Thema "Staatliche Finanzkontrolle im neuen Jahrtausend" statt und sollte einen wertvollen Beitrag zu der am 1. Januar 2000 geplanten Einrichtung der Obersten Rechnungskontrollbehörde (ORKB) der mexikanischen Föderation leisten. Zu den Teilnehmern zählten Vertreter der INTOSAI, der OLACEFS, des Europäischen Rechnungshofes sowie der ORKBn von Österreich, den Vereinigten Staaten, Peru, Kanada und Großbritannien.

Die auf dem Forum gehaltenen Vorträge und die anschließenden lebhaften Podiumsdiskussionen behandelten eine Reihe von interessanten Themen, wie zum Beispiel: der Beitrag der ORKBn zur Rechenschaftspflicht der öffentlichen Verwaltung; die Beziehungen zwischen den ORKBn und der Exekutive, Legislative und Judikative in Demokratien; die Deklaration von Lima der INTOSAI über das Wesen, den Aufbau, die Statuten und Eigenschaften von ORKBn; die wichtigsten Werte und besondere Merkmale von ORKBn; die Rechenschaftspflicht der ORKBn im Laufe der demokratischen Entwicklung; die Wichtigkeit der technischen und finanziellen Unabhängigkeit der ORKBn; Wirtschaftlichkeitsprüfungen; der rechtliche Rahmen für die Tätigkeit von Staatsbediensteten; die Befugnis der ORKB zur Festlegung von Aufgaben und Sanktionen, wie zum Beispiel Ethikkodizes, die Einbindung der Gesellschaft in den Prüfungsprozess, der Umgang mit Beschwerden seitens der Bürger, und Berichterstattung über Betrug, Verschwendung und Korruption; das Wesen, der Umfang und die Glaubwürdigkeit öffentlicher Prüfungsberichte.

ORKB-Leiter aus zahlreichen Ländern nahmen mit ihren Kollegen aus Mexiko Aufstellung für das offizielle Gruppenfoto des Forums über staatliche Finanzkontrolle.

Zu den hochrangigen Teilnehmern des Forums zählten: Dr. Franz Fiedler, der Präsident des österreichischen Rechnungshofes und Generalsekretär der INTOSAI; David M. Walker, Comptroller General der Vereinigten Staaten; CPC. Victor Enrique Caso Lay, Contralor General von Peru und Vorsitzender der OLACEFS; Michael McLaughlin und Ronald Thompson von der kanadischen ORKB; Michael Whitehouse vom britischen National Audit Office; Jesús Lázaro Cuenca vom Europäischen Rechnungshof; Vorsitzende von Parlamentsfraktionen; Abgeordnete und Senatoren des mexikanischen Kongresses; Minister verschiedener mexikanischer Staaten; Leiter von lokalen Rechnungsprüfungsgremien; Beamte der Contaduría Mayor de Hacienda; und sonstige an Themen der Rechenschaftspflicht Interessierte.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Contaduría Mayor de Hacienda de México, Av. Coyoacan 1501, Col del Valle, Deleg. Benito Juárez, 03100, México, D.F., MEXIKO, e-mail: cmhasesor@mexis.com.

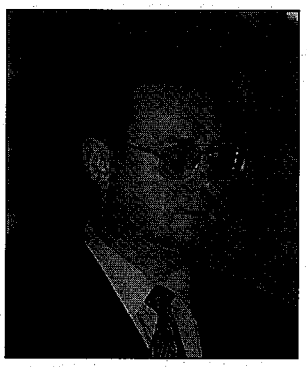
Russland

Neuer Leiter der ORKB

Am 19. April 2000 ernannte die Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation Sergej Vadimowitsch Stepaschin zum Vorsitzenden der Rechenkammer der Russischen Föderation. Stepaschin wurde im Dezember 1999 in die Staatsduma gewählt und war vor seiner Ernennung Leiter der Antikorruptionskommission. Anfang 1999 war Stepaschin Mitglied des Regierungspräsidiums und erster stellvertretender Vorsitzender der Regierung der Russischen Föderation, Innenministerium. Er war auch Premierminister der Russischen Föderation.

Stepaschin absolvierte die Politische Akademie des Innenministeriums der UdSSR, wo er 1973 seinen Abschluss machte, und promovierte 1981 an der Lenin-Akademie für Militärpolitik zum Doktor der Rechtswissenschaften. In dieser Zeit war er am Innenministerium in Leningrad und Moskau tätig. Von 1989 bis 1993 war Stepaschin Abgeordneter im Obersten Sowjet der Russi-

schen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, wo er den Ausschuss des Obersten Sowjets für Landesverteidigung und Sicherheit leitete. Von 1993-1998 bekleidete Stepaschin auch zahlreiche hochrangige Posten in der Verwaltung der Russischen Föderation, wie zum Beispiel erster Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, Leiter des Spionageabwehrdienstes der Föderation, Leiter des Dienstes für Staatssicherheit der Föderation, Leiter der Administrationsabteilung der öffentlichen Verwaltung, Justizminister und Innenminister.


Sergey Vadimovich Stepashin

Mit der Übernahme seiner neuen Position wird Stepaschin auch der erste stellvertretende Vorsitzende der EUROSAI.

Schweiz

Jahresbericht 1999 auf neuer Website

Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) hat ihren Jahresbericht für 1999 auf ihrer neu eingerichteten Website unter www.sfao.admin.ch veröffentlicht. Obwohl der Bericht nur auf Deutsch, Französisch und Italienisch verfügbar ist, gibt es auf der Website auch einen englischen Teil mit umfassenden Informationen über die EFK.

Der Bericht befasst sich mit rund 250 Prüfungen, die die EFK im Jahr 1999 durchgeführt hat. Diese Prüfungen führten nicht nur zu Einsparungen in Millionenhöhe, sondern, was noch wichtiger ist, auch zur Einleitung von mittel- und langfristigen Verbesserungsmaßnahmen.

Am 1. September 1999 traten einige Novellen zu den Ermächtigungsgesetzen der EFK in Kraft, die die Unabhängigkeit der EFK weiter verstärkten. 1999 wurden in der EFK auch weitreichende Umstrukturierungsmaßnahmen vorgenommen. Am 1. Jänner 2000 wurde ein neuer Organisationsplan mit einer Matrixmanagement-Struktur vorgestellt. Nach dieser neuen Struktur umfasst die EFK sechs Prüfungsbereiche, von denen jeder einzelne für einen Teil der Bundesverwaltung verantwortlich ist. Zur Durchführung der Prüfungen stehen den Leitern dieser Prüfungsbereiche Prüfer aus verschiedenen Prüfungspools (Prüfung der Rechnungsführung, Wirtschaftlichkeitsprüfung, EDV-Prüfung und Baurevision) zur Verfügung.

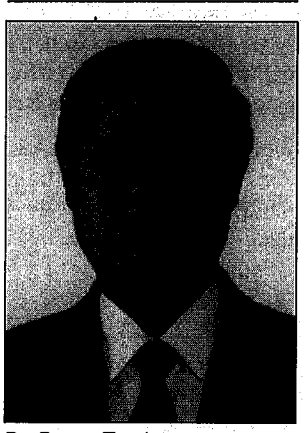
Gedruckte Exemplare des Jahresberichts 1999 sind erhältlich bei: Eidgenössische Finanzkontrolle, Monbijoustrasse 51a, 3003 Bern, Schweiz, e-mail: info@efk.admin.ch.

Thailand

Ernennung des neuen Auditor General

Dr. Panya Tantiyavarong wurde zum neuen Auditor General von Thailand ernannt. Dr. Tantiyavarong verfügt über weitreichende Erfahrung im Finanzwesen, dem Bankenwesen, dem Versicherungswesen, in der Wirtschaft und Industrie. Vor seiner Ernennung zum Leiter der thailändischen ORKB war er Mitglied und Berater des Vorstandsgremiums der King Power International Group Company, Vorstandsvorsitzender der V.R.J. International Company und der C.A.S. Intertrade Company, Mitglied und Berater des Vorstandsgremiums der Bangkok Metropolitan Bank, und Geschäftsführer der Bangkok Metropolitan Life Assurance Company. Er bekleidete auch das Amt des Vorstandsvorsitzenden der thailändischen Eisenbahn, war Leiter der staatlichen Wohnbaubehörde und Vorsitzender der staatlichen Rechnungsprüfungskommission.

Dr. Tantiyavarong promovierte an der University of Wisconsin in den Vereinigten Staaten in Finanzwirtschaft und Bankenwesen, erwarb einen MBA an der University of South Wales in Australien und hat einen Universitätsabschluss in Rechnungswesen von der Chulalongkorn University in Thailand.


Dr. Panya Tantiyavarong

Nähre Informationen sind erhältlich bei: Office of the Auditor General, Soi Arresampan Rama VI Road, Bangkok 10400, Thailand.

Tuvalu

Neuer Auditor General

Edward Williams wurde zum Auditor-General von Tuvalu ernannt. Williams bringt für sein neues Amt eine Reihe von Fähigkeiten und Erfahrungen mit, von der die Verwaltung von Tuvalu in hohem Maße profitieren wird.

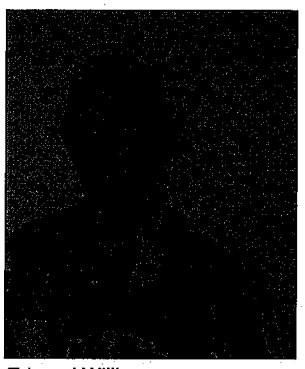
Williams verfügt über eine langjährige Erfahrung im Prüfungswesen. Vor seiner Ernennung war er seit 1988 für das Queensland Audit Office tätig. Er war leitender Prüfer im Team für kommunale Finanzkontrolle und beaufsichtigte auch die Prüfung von zwei der größten öffentlichen Körperschaften in Queensland. In den 80er-Jahren war er Bereichsleiter der Innenrevision und schließlich stellvertretender Leiter der Innenrevision bei Queensway Railways. Williams verfügt über große Erfahrung auf dem Gebiet der Prüfung der Rechnungsführung und der EDV-Prüfung.

Williams war auch in der Erwachsenenbildung tätig und unterrichtete Wirtschaftsprüfung für das Advanced Diploma of Business an den Queensland Colleges. Anfang 1990 arbeitete er den für Queensland geltenden Lehrplan für den Gegenstand Wirtschaftsprüfung aus.

Williams besitzt umfassende Computer-Kenntnisse und betrieb in den 70er-Jahren ein Unternehmen, das computergestützte Buchführungssysteme für große Firmen gestaltete und program-

mierte. Bis zum Jahr 1999 war er Major der Reserve in der australischen Armee und war kommandierender Offizier der Computerprojektabteilung in Brisbane.

Williams ist Mitglied der Australian Society of Certified Practicing Accountants. Er war einer der ersten Rechnungsprüfer, die in Queensland die international anerkannte Berufsbezeichnung "Certified Information Systems Auditor" erhielten. Williams hat zwei Universitätsabschlüsse (Handelswissenschaften und Volkswirtschaftslehre) von der University of Queensland.



Edward Williams

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Office of the Auditor General, P.O. Box 44, Funafuti Atoll, Tuvalu.

Vereinte Nationen

Jahrestreffen der Internen Prüfer

Die 31. Tagung der Representatives of Internal Audit Services (RIAS) der Vereinten Nationen und der Multilateralen Finanzinstitutionen (MFI) fand von 5. bis 7 Juni 2000 im Hauptsitz des diesjährigen Veranstalters, des Welternährungsprogramms, in Rom statt. Rund 45 Vertreter von mehr als 30 verschiedenen Organisationen, hauptsächlich Leiter von Prüfungs- bzw. Aufsichtsstellen nahmen daran teil.

Namanga Ngongi, der stellvertretende Leiter des Welternährungsprogramms, hielt die Eröffnungsansprache. Er beschrieb die Wichtigkeit einer Aufsichtsfunktion für die Sicherstellung einer sparsamen, wirtschaftlichen und wirksamen Verwendung von Ressourcen. Vor allem die Finanzkontrolle, so meinte er, sollte nicht retroaktiv durchgeführt werden, sondern eine proaktive und präventive Rolle spielen.

Die Sitzungen behandelten allgemeine organisatorische und fachliche Themen im Bereich Prüfungs- und Aufsichtswesen und umfassten zum Beispiel:

- Präsentationen zu verschiedenen Schwerpunkten auf dem Gebiet der Prüfung von Computersystemen bei der UNO und den MFI;
- eine Podiumsdiskussion über Inspektionen durch Dritte mit Präsentationen der Weltbank, der UNICEF, des UNHR, des Welternährungsprogramms und der Europäischen Kommission;
- Diskussionen in Arbeitsgruppen über operative Fragen wie zum Beispiel Ausbildung und Bereitstellung von Prüfungsdiensten
- eine Gruppendiskussion über die Rollen des Prüfungsausschusses bzw. der Organisationsleitung
- ein Vortrag über die Prüfung gemeinsam finanzierter Gremien innerhalb des Systems der Vereinten Nationen.

Verschiedene Gastredner präsentierten der Gruppe eine Reihe von äußerst interessanten Themen.

- Sir John Bourn – Comptroller und Auditor General von Großbritannien und Vorsitzender des Externen Prüfergremiums der UNO, der Sonderorganisationen und der Internationalen Atomenergiebehörde – gab einen Überblick über erfolgsorientiertes Management.
- Piers Campbell von der Firma Mannet erstellte in seinem Vortrag einen konzeptuellen Rahmen für Unternehmensführung.
- Jonathan Doyle von Andersen Consulting behandelte in seiner Präsentation die aktuellen Trends im e-Commerce sowie die Frage, wie Rechnungsprüfer von diesem Phänomen profitieren können.
- Dileep Nair, der neu ernannte Untergeneralsekretär des UN-Büros für Interne Aufsichtsdienste (OIOS) mit Sitz in New York, zählte ebenfalls zu den Teilnehmern dieser Tagung. Er meinte, dass jede Organisation Katalysatoren brauche, um Veränderungen vorzunehmen, und dass Rechnungsprüfer eine solche Funktion übernehmen sollten. Nair betonte auch die Notwendigkeit einer weiteren Koordination und Kooperation innerhalb den Vereinten Nationen und allen ihren Organisationen und Programmen.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Bernd Kaess, Direktor im Büro für Innenrevision, oder Daniel Nelson, Leitender Innenrevisor, Welternährungsprogramm, Via Cesare Giulio Viola 68-70, Parco de Medici, 00148 Rom, Italien, e-mail: Bernd.Kaess@wfp.org und Daniel.Nelson@wfp.org, Tel.: (+39-06)6513-2045 und Fax: (+39-06)659-1204. ■

Vertreter interner Prüfungsstellen von 30 UNO-Organisationen nehmen zum Gruppenfoto für ihre Jahrestagung in Rom Aufstellung.

Prüfung des Prüfers: Eine Peer Review der ORKB Islands

von Sigurdor Thordarsson, Leiter der ORKB Islands

In den letzten Jahren hat sich die staatliche Finanzkontrolle in Island in vielerlei Hinsicht verändert. 1987 verabschiedete das isländische Parlament verschiedene Gesetze, aufgrund derer die isländische ORKB, die Rikisendurskodun, von der Exekutive in die Legislative verlagert und zu einer direkt dem Parlament unterstellten Institution wurde, was zu großen Veränderungen des Arbeitsumfangs und der Prüfungskompetenzen führte. Die Verabschiedung des nationalen Finanzkontrollgesetzes im Jahr 1997 erweiterte die Prüfungskompetenzen der isländischen ORKB und brachte neue Aufgaben für die ORKB mit sich, die nun auch neue Arten von Prüfungen in Bezug auf Aspekte wie interne Kontrolle, Leistungsindikatoren, die Auslagerung von Dienstleistungen und Umweltfragen durchführte. Deshalb gab die isländische ORKB eine Evaluation ihrer Tätigkeit und ihrer Organisation durch externe Fachbegutachter (Peer Review) in Auftrag. Diese Überprüfung war für die ORKB die erste ihrer Art.

Die Entscheidung zu einer Peer Review wurde auch von externen Faktoren beeinflusst. Die INTOSAI-Richtlinien für die Finanzkontrolle betonen, dass bei der von den ORKBn geleisteten Arbeit der Qualitätsfaktor im Vordergrund steht. Darüber hinaus heißt es in den INTOSAI-Richtlinien: "Die Qualität der Arbeit der ORKB kann durch eine Stärkung der Innenrevisionsmechanismen und möglicherweise durch eine unabhängige Bewertung ihrer Tätigkeit verbessert werden." Experten für Finanzkontrolle unterstreichen auch die Bedeutung einer Überprüfung der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit von Organisationsabläufen und -verfahrensweisen. Außerdem gelangte man auf dem 4. Kongress der EUROSAI 1999 zu dem Schluss, dass durch eine externe Prüfung der ORKBn die Öffentlichkeit die Garantie erhält, dass bei der jeweiligen ORKB solide Geschäftspraktiken zur Anwendung kommen, ohne dabei ihre Unabhängigkeit aufs Spiel zu setzen.

Nachdem sich die isländische ORKB zu einer Peer Review entschlossen hatte, stand sie vor der Entscheidung, entweder eine private Wirtschaftsprüfungskanzlei damit zu beauftragen oder sich zu diesem Zweck an eine andere Oberste Rechnungskontrollbehörde zu wenden. Da bei einer Peer Review zusätzlich zur Prüfung der Rechnungsführung eine breite Palette von Fachbereichen behandelt werden, ist es wichtig, Faktoren wie fachliche Qualifikation, Erfahrung und Ressourcen der jeweiligen Wirtschaftsprüfungskanzlei oder Prüfungsinstitution zu berücksichtigen. Schließlich gelangten wir zu der Ansicht, dass eine private Wirtschaftsprüfungskanzlei für eine solche Überprüfung weniger geeignet ist, da sie üblicherweise nicht über die für eine Überprüfung der Leistung einer ORKB erforderlichen Einblicke in Verwaltungsangelegenheiten verfügt. Daher bat ich während eines offiziellen Besuchs in Großbritannien im Oktober 1996 das britische National Audit Office (NAO), die Tätigkeit und die Organisation unserer ORKB zu prüfen. Die Wahl fiel auf das NAO, weil es über einen ausgezeichneten internationalen Ruf und umfangreiche Erfahrungen in der Arbeit mit Prüfungseinrichtungen auf der ganzen Welt verfügt. Dies war die erste Peer Review, die das britische NAO durchgeführt hat.

Die erste Überprüfung

Im Januar 1997 kam ein führender Mitarbeiter des NAO für eine Woche nach Island, um eine erste Überprüfung durchzuführen und Daten über Ordnungsmäßigkeitsprüfungen zu sammeln. Abbildung 1 bietet einen Gesamtüberblick über die wichtigsten Phasen der Prüfung.

Die Erstprüfung umfasste zwei große Themenbereiche: (1) die Struktur und die Prüfungsmethoden der isländischen ORKB und (2) Ordnungsmäßigkeitsprüfungen.

Abbildung 1
Überblick über die Prüfung

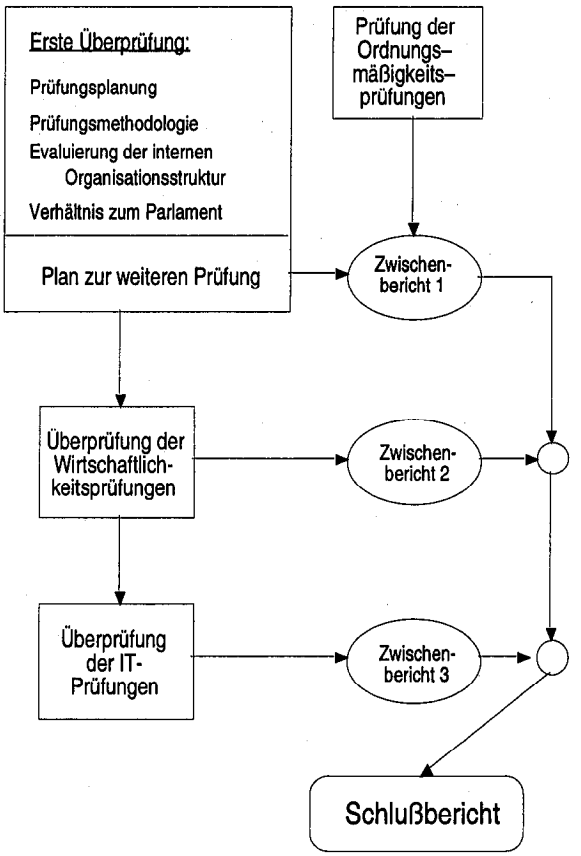


Tabelle 1: Die wichtigsten Prüfungsaufgaben der ORKB Islands nach Maßgabe des nationalen Finanzkontrollgesetzes

- Abgabe eines Gesamtbestätigungsvermerks für die Rechnungsabschlüsse der zentralen Verwaltung
- Evaluierung der Angemessenheit der internen Kontrollen
- Gesetzmäßigkeit
- Evaluierung von Leistungsindikatoren
- Wirtschaftlichkeitsprüfung und Sonderprüfungen im Auftrag von Parlamentsabgeordneten
- Überwachung des Haushalts
- Prüfung von extern vergebenen Dienstleistungen
- Umweltprüfung
- Kontrolle der vom Justizministerium verwalteten Mittel (diese Aufgabe ist in anderen Gesetzen geregelt).

Erste Überprüfung der Struktur und Methoden der isländischen ORKB

Für die Überprüfung der Struktur und Methoden der ORKB bestand das Ziel des Teams darin, die Effektivität der ORKB bei der Erfüllung aller wichtigen, im nationalen Finanzkontrollgesetz festgehaltenen Prüfungsaufgaben zu beurteilen. Diese Aufgaben sind in Tabelle 1 zusammengefasst.

Im Rahmen dieser Erstprüfung untersuchte der Prüfungsleiter des NAO gemeinsam mit zwei Prüfungsleitern der isländischen ORKB die folgenden Bereiche:

Prüfungsplanung

Ein Teil der Prüfung beschäftigte sich mit der Gesamtprüfungsplanung und der Mittelverteilung. Dies beinhaltete zum Beispiel eine Überprüfung des Systems, das zur Aufzeichnung der Arbeitsstunden für die einzelnen Aufträge verwendet wird, und einen Vergleich der tatsächlichen und der geplanten Arbeitsstunden. Es wurde auch eine Überprüfung der allgemeinen Prüfungsmethodologie der ORKB durchgeführt, einschließlich der Regeln für die Prioritätsvergabe und der Methoden zur Evaluierung und Analyse von Risiken.

Prüfungsmethodologie und -leitlinien

Die Prüfungsmethodologie und -leitlinien unserer ORKB sind in einem dreibändigen Handbuch basierend auf den Prüfungsnormen der INTOSAI festgehalten. Darin werden Ordnungsmäßigkeitsprüfungen, Wirtschaftlichkeitsprüfungen sowie alle anderen Prüfungsaufgaben wie Haushaltsüberwachung und die Kontrolle von privaten Geldern, die vom Justizministerium verwaltet werden, behandelt. Das Handbuch selbst konnte, da es nur auf Isländisch zur Verfügung steht, vom Prüfungsleiter des NAO nicht überprüft werden; allerdings gewann er in Gesprächen mit den Mitarbeitern unserer ORKB einen Einblick in dessen Struktur und Inhalt.

Evaluierung der internen Organisationsstruktur

Ein weiterer Gegenstand der Erstprüfung war die interne Organisationsstruktur der isländischen ORKB, wobei auch die Aufgliederung in verschiedene Bereiche und die Personaleinteilung innerhalb der Abteilungen für Ordnungsmäßigkeits- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen mit einbezogen wurden. Da rund 10 % der Ordnungsmäßigkeitsprüfungen an private Wirtschaftsprüfungskanzleien vergeben werden, wurden auch die Kooperationsverfahren für diese Unternehmen bewertet.

Verhältnis zum Parlament

Um das Verhältnis und die Kommunikation zwischen dem isländischen Parlament und der isländischen ORKB zu untersuchen, wurden Gespräche mit dem Personal des Sekretariats sowie dem Vorsitzenden und dem Sekretär des parlamentarischen Haushaltsausschusses geführt. Dieser Ausschuss führt detaillierte Überprüfungen der öffentlichen Berichte unserer ORKB durch.

Erste Überprüfung der Ordnungsmäßigkeitsprüfungen

Der zweite Bereich der Erstprüfung umfasste die von der isländischen ORKB durchgeführten Ordnungsmäßigkeitsprüfungen sowie die Methodologie für Gesetzmäßigkeitsprüfungen. Die Grundlage für diesen Aspekt der Überprüfung bildeten die INTOSAI-Richtlinien für Finanzkontrolle. Diese Richtlinien unterscheiden sich in vielen grundlegenden Bereichen von jenen, die vom privaten Sektor verwendet werden, vor allem was die Rechnungsführungs- und Prüfungsnormen sowie rechtliche Anforderungen betrifft. Es stellte sich heraus, dass die Finanzbuchhaltungspraktiken der isländische ORKB – insbesondere im Hinblick auf die Anwendung der Periodenabgrenzung – mit jenen Großbritanniens vergleichbar sind.

Im Rahmen der Überprüfung wurde auch die Berichterstattung bei Ordnungsmäßigkeitsprüfungen der ORKB untersucht. Die Berichterstattung erfolgt in zwei Phasen. Zunächst wird eine umfassende Prüfung der einzelnen Institutionen durchgeführt und ein Prüfungsbericht veröffentlicht, der den geprüften Stellen, den Ministerien und den staatlichen Unternehmen zugesandt wird. Anschließend wird ein Jahresbericht des konsolidierten Jahresabschlusses der zentralen Verwaltung erstellt, der die Grundlage für den Gesamtbestätigungsvermerk des ORKB-Leiters ist. Wenn diese Phase abgeschlossen ist, wird ein Gesamtprüfungsbericht für das Parlament erstellt und diesem vorgelegt. Der Gesamtbericht umfasst alle bedeutenden Prüfungsfeststellungen aus den einzelnen Prüfungen und der konsolidierten Prüfung. Dieses Verfahren, die begleitende Berichterstattung und die Doku-

mentation des konsolidierten Jahresabschlusses und der monatlichen Rechnungsabschlüsse wurden gemeinsam mit den isländischen ORKB-Mitarbeitern überprüft und erörtert.

Auch die Haushaltsüberwachungsfunktion unserer ORKB wurde überprüft. Prüfberichte und Prüfungsverfahren wurden mit dem Personal der ORKB besprochen, und auch der allgemeine Planungszyklus und Planungsprozess der Verwaltung wurden einer Betrachtung unterzogen.

Am Ende des ersten Besuchs des NAO wurde ein Zwischenbericht verfasst, der eine Darstellung der in der ersten Phase untersuchten Bereiche sowie verschiedene Verbesserungsempfehlungen enthielt. Laut NAO zeigt die isländische ORKB ein hohes Maß an Professionalität, ist gut organisiert und verfügt über ausgezeichnete Planungs- und Berichterstattungsverfahren. Das NAO gab die folgenden Empfehlungen ab:

- ein flexiblerer Ansatz bei der Personaleinteilung für Ordnungsmäßigkeitsprüfungen, um für die Prüfungsabteilungen II und III für Ordnungsmäßigkeitsprüfungen einen Pool von austauschbaren Mitarbeitern aufzubauen.
- ein vollständiges Ausschreibungsverfahren für die externe Vergabe von Prüfungsaufträgen an den Privatsektor und
- ein Besuch von Vertretern des isländischen Parlaments beim britischen Rechnungsprüfungsausschuss, um sich mit dem Rechenschaftspflichtprozess des britischen Parlaments vertraut zu machen.

Das NAO kam zu dem Schluss, dass eine weitere Überprüfung der Aktivitäten im Bereich Ordnungsmäßigkeitsprüfung nicht notwendig sei, empfahl jedoch, folgende Untersuchungen von Experten des NAO durchführen zu lassen:

- eine detaillierte Überprüfung der Methoden der Abteilung für Wirtschaftlichkeitsprüfung
- eine allgemeine Überprüfung der Funktionen der Abteilung für Informationstechnologie (IT), die für die Prüfung großer computergestützter Finanzsysteme zur Unterstützung des Programms für Ordnungsmäßigkeitsprüfungen zuständig ist.

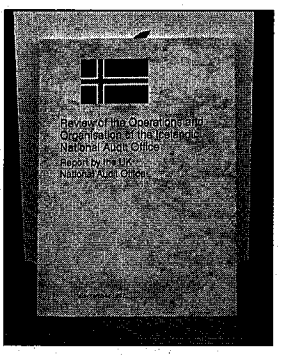
Umfang der Überprüfung der Abteilung für Wirtschaftlichkeitsprüfung

Die detaillierte Überprüfung der Abteilung für Wirtschaftlichkeitsprüfung wurde im Juni 1997 von zwei einschlägigen Experten des NAO durchgeführt. Die Prüfungsmethoden der isländischen ORKB wurden mit anerkannten guten Vorgehensweisen anderer Oberster Rechnungskontrollbehörden verglichen. Das NAO-Team befragte die Mitarbeiter der Abteilung zu drei kürzlich erstellten Studien über die Wohnbaukreditbehörde, die Behörde für regionale Entwicklung und das Außenministerium. Das Team las auch die englischen Zusammenfassungen der betreffenden Prüfungsberichte und führte zur Beurteilung der Auswirkungen der ORKB-Aktivitäten Gespräche mit Vertretern der Wohnbaukreditbehörde, um die Meinung der Behörde in Bezug auf die Qualität und den Nutzen ihrer jüngsten Wirtschaftlichkeitsprüfung zu erfahren. Nach Abschluss der Überprüfung verfasste das Team einen Zwischenbericht mit seinen Schlussfolgerungen und Empfehlungen.

Umfang der Überprüfung der Abteilung für EDV-Prüfung

Im August 1997 schickte das NAO einen Experten für EDV-Prüfung nach Island, der die neu eingerichtete Einheit für EDV-Prüfung unserer ORKB überprüfen sollte. Der Experte untersuchte erste Prüfungspläne und lieferte wertvolle Ratschläge hinsichtlich diverser EDV-Prüfungsmethoden. Die Überprüfung basierte auf Gesprächen mit dem Personal der Abteilung für EDV-Prüfung und mit dem Leiter der ORKB. Im Zuge dessen wurde über die EDV-Prüfungsmethoden für das isländische Mehrwertsteuersystem – die indirekte Steuer, die in ganz Europa angewendet wird, anstelle einer allgemeinen Umsatzsteuer – diskutiert und die in Großbritannien eingesetzte EDV-Methodologie wurde anhand von drei aktuellen NAO-Berichten vorgestellt. Der Experte erstellte einen Prüfungsbericht mit Empfehlungen und Schlussfolgerungen.

Der Abschlussbericht



Als letzte Phase des Überprüfungsprozesses verfasste das Team des NAO einen umfassenden Bericht, im dem das Material aus den drei Zwischenberichten zusammengeführt und evaluiert und die Schlussfolgerungen aus den früheren Berichten in einer Übersicht aufgelistet wurden. Dieser Bericht wurde auf Englisch mit einer Zusammenfassung auf Isländisch veröffentlicht und dem Parlament vorgelegt. Der Abschlussbericht fand große Zustimmung und wirkte sich sowohl intern als auch nach außen hin äußerst positiv auf die isländische ORKB aus. Auf interner Ebene wurden sämtliche Empfehlungen des NAO von der ORKB umgesetzt. Die Empfehlungen betrafen die interne Organisation und verschiedene Abläufe wie die Planung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Qualitätssicherung. Auf externer Ebene stärkte der Abschlussbericht die Position der ORKB in Bezug zur Exe–kutive und stellte eine deutlich sichtbare Garantie für die Professionalität und die Qualität der Arbeit der isländischen ORKB dar. Der Bericht hatte auch positive Auswirkungen auf die Beziehung der ORKB zu den Medien, zur breiten Öffentlichkeit und zu anderen Personen oder Institutionen, die die Arbeit der ORKB bewerten.

Welche Lehren lassen sich aus der Überprüfung ziehen?

Für die isländische ORKB haben sich aus der britischen Peer Review eine Reihe bedeutender Vorteile ergeben.

Bestätigung der Stärken

In der Überprüfung wurden die positiven Merkmale der Tätigkeit und der Organisation der isländischen ORKB, derer wir uns vorher teilweise nicht bewußt waren, bestätigt und von einem internationalen Blickwinkel aus betrachtet. So erhielt unsere ORKB zum Beispiel sehr gute "Noten" für ihre Professionalität und Gesamtorganisation und gute "Noten" für die Analyse und Aufbereitung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen sowie für die Planung und Berichterstattung bei Ordnungsmäßigkeitsprüfungen.

Aufdeckung von Schwachstellen

Der Peer Review-Bericht enthielt wertvolle – von uns bereits umgesetzte – Anregungen zur Beseitigung der festgestellten Schwachpunkte. Hier einige Beispiele:

- Drei Empfehlungen in Bezug auf Ordnungsmäßigkeitsprüfungen wurden bereits erwähnt – größere Flexibilität bei der Personaleinteilung, mehr Ausschreibungen und eine zusätzliche Nachbereitung durch das Parlament.
- Im Bereich der Wirtschaftlichkeitsprüfungen wurde der isländischen ORKB im Rahmen der Überprüfung empfohlen, (1) bei der Auswahl der durchzuführenden Studien proaktiver vorzugehen (anstatt nur auf Aufforderung des Parlaments zu agieren), (2) die Planung und Gestaltung der Studien zu verbessern, (3) die Präsentation und das Format von Wirtschaftlichkeitsprüfungsberichten zu verbessern und (4) die Nachbereitung von Prüfungsberichten zu verstärken.
- Im Bereich der EDV-Prüfung wurde ein dreijähriger Planungszyklus für Prüfungen der Rechnungsführung, die Einführung eines einfachen Fragebogen für EDV-Prüfungen, die Förderung von einschlägigen Weiterbildungsmaßnahmen und eine Inspektion der Arbeitsunterlagen von extern an den privaten Sektor vergebenen Prüfungen empfohlen.

Nachbereitung durch die Legislative

Wie bereits erwähnt, empfahlen die britischen Experten, dass Vertreter des isländischen Parlaments dem britischen Rechnungsprüfungsausschuss einen Besuch abstatten, um einen Einblick in den Rechenschaftspflichtprozess in Großbritannien zu erhalten. Daraufhin besuchte Anfang 1998 eine Gruppe isländischer Parlamentsabgeordneter den Rechnungsprüfungsausschuss. Es wurden verschiedene Nachbereitungsverfahren, die vom Parlament übernommen werden sollen, festgelegt, und der Präsidialausschuss des Parlaments erörtert zur Zeit, ob einige der Elemente des Rechenschaftspflichtprozesses des britischen Parlaments übernommen werden sollen. Als Folge dieses Besuchs wurden einige wesentliche Veränderungen vorgenommen. Die isländische ORKB präsentiert nun alle Berichte über Wirtschaftlichkeits- und Sonderprüfungen auf einer Sitzung des Haushaltsausschusses; einige Berichte werden auch dem Handels- und Wirschaftsausschuss vorgelegt. Erst vor kurzem haben diese Ausschüsse, gemäß dem britischen Modell, eine Stellungnahme zu den Berichten der ORKB verfasst.

Die durch eine Peer Review geleistete Qualitätssicherung ist für die Gewährleistung der Effektivität und des hohen Qualitätsstandards der Arbeit einer ORKB von großer Relevanz. Die Entscheidung, die Peer Review vom britischen NAO durchführen zu lassen, war für die isländische ORKB äußerst gewinnbringend. Außerdem meinte der britische Comptroller und Auditor General, Sir John Bourn, dass sich aus einer Peer Review für beide Seiten Vorteile ergeben können. Angesichts des großen Nutzens, den die isländische ORKB aus ihrer Peer Review gezogen hat, können wir anderen Obersten Rechnungskontrollbehörden nur empfehlen, ebenfalls eine solche Überprüfung für ihre Organisationen in Betracht zu ziehen.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Rikisendurskodun, Skulagata 57, IS-105 Reykjavik, Island, e-mail: Postur@rikisend.althingi.is, Fax: (+354) 562-45-46. ■

Länderprofil: Das Audit Directorate von Bahrain

von Anwar Ali Al-Ansari, Leiter der Prüfungsabteilung für EDV- und Buchführungssysteme

Das Audit Directorate wurde im September 1994 innerhalb des Ministeriums für Finanzen und Volkswirtschaft von Bahrain unter der Aufsicht des Staatssekretärs im Ministerium eingerichtet. Die neue Behörde ersetzte eine bestehende Stelle in der Abteilung für die Entwicklung von Buchführungssystemen des Ministeriums. Ihre Einrichtung unterstrich die erhöhte Bedeutung, die der Finanzkontrolle innerhalb der Verwaltung beigemessen wurde.

Gesetzlicher Auftrag

Das Audit Directorate ist das Hauptinstrument Seiner Exzellenz des Ministers für Finanzen und Volkswirtschaft zur Ausübung der Aufgaben, die ihm durch das Haushaltsgesetz von 1975 auferlegt werden. Das Haushaltsgesetz berechtigt den Minister zum Erlass von Verordnungen, die die Prüfung und Untersuchung der staatlichen Rechnungsführung regeln. Diese Verordnungen bestimmen das Format der für Finanztransaktionen erforderlichen Unterlagen und Dokumente sowie die Bedingungen und Voraussetzungen, die die Verwaltung in Bezug auf Ausgaben, Einnahmen und andere Rechnungsführungsprozesse erfüllen muss.

Die Aufgaben und Pflichten des Audit Directorate

Gemäß den Weisungen der obersten Führungsspitze des Ministeriums besteht die Aufgabe des Audit Directorate in der „Stärkung der Rechenschaftspflicht und der Förderung von Redlichkeit bei der Erfüllung staatlicher Pflichten zur Erhöhung der Produktivität und zur Gewährleistung der bestmöglichen Nutzung der verfügbaren Ressourcen."

Um diesem Auftrag gerecht zu werden, führt das Audit Directorate folgende Hauptaufgaben aus:

- Entwicklung von Verfahren für die Prüfung der staatlichen Rechnungsführung, die regelmäßig überprüft und gegebenenfalls abgeändert werden müssen.
- Entwicklung und Umsetzung eines Jahresprüfungsplans.
- Verbesserung der Leistung von Verwaltungsstellen durch entsprechende fachliche Unterstützung.
- Durchführung unabhängiger Wirtschaftlichkeitsprüfungen von staatlichen Programmen und erforderlichenfalls Unterstützung bei der Verbesserung von deren Sparsamkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit.
- Unterstützung der Verwaltungsbehörden bei der Entwicklung von wirksamen und wirtschaftlichen internen Kontrollsystemen.
- Durchführung von Sonderaufgaben zur Verringerung der Ausgaben der Verwaltungsbehörden, ohne deren Leistung zu beeinträchtigen.
- Mitwirkung bei der jährlichen Prüfung der Rechnungsführung des Generalsekretärs des Golf-Kooperationsrats, zu dessen Mitgliedern Bahrain zählt.
- Auf Anfrage Mitwirkung bei der Ausarbeitung von Schulungsprogrammen zur Unterstützung anderer Verwaltungsbehörden bei der richtigen Auswahl von neuen Buchsachverständigen und Innenrevisoren.
- Erstellung eines Berichts mit einer Zusammenfassung der jährlichen fachlichen und administrativen Tätigkeit des Audit Directorate zur Vorlage bei Seiner Hoheit dem Premierminister.

Aufbau und Organisation

Als das Audit Directorate 1994 eingerichtet wurde, sah sich dessen Leiter mit der Herausforderung konfrontiert, eine Organisationsstruktur vorzuschlagen, die die Ziele und Zielsetzungen der neuen Behörde unterstützt, die ihr aufgetragenen Aufgaben erfüllt und auch mit den jüngsten Entwicklungen im Bereich der Prüfungspraktiken Schritt hält. Das Audit Directorate umfasst nun 14 Fachkräfte und 4 Hilfskräfte. An seiner Spitze steht der Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Volkswirtschaft, der von seiner Hoheit dem Emir von Bahrain ernannt wird und auch nur von diesem aus seiner Position abberufen werden kann. Das Audit Directorate setzt sich aus den folgenden drei Abteilungen zusammen.

Abteilung für Prüfungen der Rechnungsführung

Diese Abteilung ist für die Durchführung von Prüfungen der Rechnungsführung zuständig – jene Art der Prüfung, die von ORKBn am häufigsten vorgenommen werden. Prüfungen der Rechnungsführung umfassen folgende Elemente:

- ein Gesamtbestätigungsvermerk für den staatlichen Rechnungsabschluss;
- ein Bericht über interne Kontrollen; und

- ein Bericht über die Einhaltung von geltenden Verfahrensweisen, Abläufen, Regeln und Vorschriften.

Abteilung für Wirtschaftlichkeitsprüfung

Wirtschaftlichkeitsprüfungen sind ein relativ neues und zunehmend wichtigeres Konzept für ORKBn. Mittels Leistungsindikatoren, die die Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit messen, können Verwaltungen die Qualität und Quantität von Dienstleistungen für die Öffentlichkeit sowie den Grad der Zielerreichung innerhalb der Verwaltungsbehörden beurteilen. Der Abteilung für Wirtschaftlichkeitsprüfung des Audit Directorate obliegt es, die Ergebnisse der Programme und Projekte von verschiedenen Verwaltungsbehörden zu überprüfen und zu kommentieren.

Abteilung für die Prüfung von EDV- und Buchführungssystemen

Verwaltungsaufgaben werden in zunehmendem Maße mit Hilfe von Computersystemen ausgeführt, und die riesigen Mengen an finanzwirtschaftlichen und nicht-finanzwirtschaftlichen Daten werden weitgehend mittels IT-Ressourcen gespeichert. Die Entscheidungsfindungsprozesse in der Verwaltung stützen sich in hohem Ausmaß auf Daten, die in diese Computersysteme eingeben und von ihnen verarbeitet werden. Daher ist es überaus wichtig, die Integrität der zu Grunde liegenden Computeranlagen und –systeme, auf denen diese Datenverarbeitungsprogramme laufen, zu gewährleisten und aufrechtzuerhalten. Die Abteilung für die Prüfung von EDV- und Buchführungssystemen wurde eingerichtet, um die Verlässlichkeit von aktuellen und genauen IT-Aktivitäten in der Verwaltung zu beurteilen. Die Abteilung leistet auch technische Hilfe für andere Abteilungen des Audit Directorate, wobei die Schwerpunkte auf folgenden Gebieten liegen:

- Überprüfung und Beurteilung der Zulänglichkeit der internen Kontrollen für computergestützte Buchführungssysteme. Rechnungsprüfer nutzen die Ergebnisse dieser Überprüfungen, um zu beurteilen, inwieweit es möglich bzw. angemessen ist, sich auf die von diesen Buchführungssystemen bereitgestellten Daten zu verlassen.
- Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit von Prüfungen der Rechnungsführung durch die Zuhilfenahme von computergestützten Prüfungstechniken in Bereichen wie Datenanalyse, Datenüberprüfung und Stichprobenverfahren. Zu diesem Zweck wird hauptsächlich mit einer interaktiven Datenextraktions- und -analysesoftware (IDEA) gearbeitet.

Normen für die staatliche Finanzkontrolle

Mit der Einrichtung des Audit Directorate wurde die Notwendigkeit von Normen für die staatliche Finanzkontrolle unterstrichen, die Prüfern klar definierten Richtlinien und einen Qualitätsrahmen bieten sollen. 1994 initiierte das Audit Directorate ein Projekt zur Entwicklung von Normen für die staatliche Finanzkontrolle. Bei der Ausarbeitung der Normen stützte sich das Directorate auf eine Reihe von Quellen:

- internationale Prüfungsnormen,
- Prüfungsnormen, die in den USA und Kanada verwendet werden, und
- ein vom Golf-Kooperationsrat ausgearbeiteter Entwurf von Normen für die staatliche Finanzkontrolle.

Die endgültige Fassung der Normen für die staatliche Finanzkontrolle wurde im Juli 1998 veröffentlicht. Es muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass das ebenfalls im Ministerium angesiedelte Accounting Directorate für die Festlegung von Buchführungs- und internen Kontrollnormen für die Verwaltung verantwortlich ist.

Die Normen umfassen die folgenden Bereiche:

Allgemeine Normen

- Grundvoraussetzungen
- Unabhängigkeit
- Wirksamkeit
- angemessene berufliche Sorgfalt
- laufende berufliche Weiterbildung
- Qualitätssicherung
- Miteinbeziehung der Arbeit anderer Prüfer auf dem Gebiet der staatlichen Finanzkontrolle

Normen für die Prüfungspraxis

- Planung, Überwachung und Dokumentation der Prüfung
- Analytische Überprüfung
- Gesetzmäßigkeitsprüfung
- Struktur der internen Kontrollen/Innenrevision
- Anwendung internationaler Prüfungsnormen

Normen für die Berichterstattung

- Allgemeine Richtlinien für Prüfungsberichte
- Erteilung des Bestätigungsvermerks
- Berichte über Systemprüfungen
- Wirtschaftlichkeitsprüfungsberichte
- Ergänzende Anhänge/Indizes

Das Audit Directorate hat auch ein Prüfungshandbuch für seine Prüfer und für externe Prüfer, die im Bereich der staatlichen Finanzkontrolle tätig sind, ausgearbeitet. Das Prüfungshandbuch wurde im Juli 1997 veröffentlicht und gliedert sich in folgende Teile:

Teil 1: Einleitung

Teil 2: Planung

Teil 3: Innenrevision/interne Kontrolle

Teil 4: Durchführung von Prüfungstests

Teil 5: Veröffentlichung von Berichten

Teil 6: Ergänzende Anhänge/Indizes

Sowohl die Prüfungsnormen als auch das Prüfungshandbuch für die staatliche Finanzkontrolle werden dazu beitragen, Missverständnisse zwischen allen beteiligten Parteien zu vermeiden und die Qualität der durchgeführten Prüfungsarbeit zu fördern.

Einsatz von computergestützten Prüfungstechniken

Innerhalb des Ministeriums für Finanzen und Volkswirtschaft ist das Audit Directorate einer der Hauptbenutzer von PCs, die zur Standardausstattung jedes Prüfers gehören. Zusätzlich zum Standardprogramm Microsoft Office hat das Audit Directorate auch die IDEA-Software installiert. Um diese Software voll ausnutzen zu können, hat das Audit Directorate verschiedene Verfahren für die folgenden Bereiche entwickelt:

- Herunterladen von Daten aus dem zentralen EDV-System der Verwaltung;
- Umformatierung der heruntergeladenen Daten in ein vom IDEA lesbares Format; und
- Durchführung der erforderlichen Analysen, Datenextraktion und –auswahl, Prüfungen, etc. in Bezug auf Hauptbuchtransaktionen, Haushaltsdetails, die Lohnverrechnung der Verwaltung, Lagertransaktionen, etc.

Einstellungs- und Ausbildungspolitik

Aufgrund des Wesens der Prüfungsarbeit und des hohen Maßes an Professionalität, das dadurch erforderlich ist, hat das Audit Directorate spezielle Ausbildungserfordernisse festgelegt, die von der obersten Führungsspitze des Ministeriums unterstützt werden. Neue Mitarbeiter, die vom Audit Directorate eingestellt werden, müssen zumindest über einen Universitätsabschluss in Rechnungswesen verfügen und müssen nach ihrer Einstellung eine spezielle Ausbildung für die Erlangung eines international anerkannten Berufszertifikats absolvieren. Prüfer erhalten sowohl eine interne als auch externe Ausbildung in verschiedenen allgemeinen Bereichen zur Steigerung ihrer Professionalität und zur Förderung ihrer Vertrautheit mit der Tätigkeit anderer Verwaltungsbehörden. Als Folge dieser Politik verfügt das Audit Directorate nun über einen soliden Kern an fachlich qualifizierten Mitarbeitern, die in der Lage sind, die ihnen zugeteilten Aufgaben so effizient und effektiv wie möglich auszuführen. ■

Neuerscheinungen

Die International Federation of Accountants (IFAC) hat ein Vorwort zu den Internationalen Richtlinien für das staatliche Rechnungswesen veröffentlicht. Das Vorwort beschreibt die Ziele und Vorgehensweisen des Public Sector Committee der IFAC und erklärt den Anwendungs- und Geltungsbereich der Internationalen Richtlinien für das staatliche Rechnungswesen. Das im Mai 2000 veröffentlichte Vorwort bietet eine Einführung in die Tätigkeit und Ziele des Public Sector Committee, erklärt den allgemeinen Zweck von Jahresabschlüssen, beschreibt den Geltungs- und Anwendungsbereich der Internationalen Richtlinien für das staatliche Rechnungswesen sowie Due Process-Verfahren. Nähere Informationen über die IFAC sowie englischsprachige Exemplare des Vorworts sind erhältlich bei: **International Federation of Accountants, 535 Fifth Avenue, 26th Floor, New York, New York 10017 oder auf der Website unter www.ifac.org.**

* * * * *

Es dürfte die Leser dieser Zeitschrift interessieren, dass die schwedische ORKB ihren *Wirtschaftlichkeitsprüfungsbericht 1999* veröffentlicht hat, der einen Überblick über die Arbeit der ORKB zur Überprüfung und Förderung der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Verwaltungstätigkeit bietet. Der *Bericht* bietet eine Zusammenfassung jedes von der Abteilung für Wirtschaftlichkeitsprüfung veröffentlichten Berichts und enthält weiters Prüfungen der Ministerien für Justiz, Landesverteidigung, Finanzen, Gesundheit und soziale Angelegenheiten, Landwirtschaft, Bildung und Wissenschaft, Umwelt und Industrie sowie Handel. Exemplare des *Berichts* (in englischer Sprache) sind erhältlich bei: **Riksrevisionsverket, RRV Publikationsservice, P.O. Box 45070, Se 104 104 30 Stockholm, Schweden (Fax: ++ 46-8-690-41-01) e-mail: publikationsservice@rrv.se.**

* * * * *

Sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene verändern sich die Inhalte und die Richtung von Entwicklungspartnerschaften. In zahlreichen Entwicklungsländern werden die Rollen von Verwaltung, Privatsektor und Zivilgesellschaft neu definiert, was neue Kooperationsmuster zwischen diesen Bereichen entstehen lässt. Regional und global bedeuten offenere Wirtschaftssysteme und wettbewerbsorientierte Märkte eine Neugestaltung von Beziehungen und ein Umdenken bei zwischenstaatlichen Institutionen. Angesichts dieser Tatsachen hat die UNDP-Sondereinheit für technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern die zweite Ausgabe ihrer Publikation *Cooperation South* veröffentlicht. In dieser Ausgabe untersuchen elf Autoren die Veränderungen in Entwicklungspartnerschaften auf drei Ebenen – Nord-Süd, Süd-Süd und auf nationaler Ebene.

Cooperation South – Partnerships for Development ist auf ENGLISCH, SPANISCH und FRANZÖSISCH erhältlich bei: **UNDP, One United Nations Plaza, New York, New York 1001, USA (Tel.: ++ 212-906-5737; Fax: ++212-906-6352).**

* * * * *

Am 18. April 2000 startete das Institute of Internal Auditors (IIA) in Washington DC seine sechsteilige Konferenzreihe zum Thema *Critical Infrastructure Assurance*. Ziel der Konferenz, an der eine Vielzahl hochrangiger Verwaltungsbeamter, Vorstandsmitglieder von Unternehmen, Führungskräfte sowie Datensicherheitsexperten teilnahmen, war es, Angehörige der Führungsgremien und des Spitzenmanagements von Unternehmen auf die Gefahr der Beschädigung von Informationssystemen angesichts der jüngsten Virenattacken und Denial-of-Service-Problemen aufmerksam zu machen. Die allgemeine Diskussion befasste sich unter anderem mit folgenden Themen: (1) die Rolle des Prüfers bei Risikomanagement und Gefahrensicherung, (2) Risikomanagement und die nötigen Instrumente und (3) erfolgreiche Fallstudien. Nähere Informationen über die Veranstaltung in Washington DC und über zukünftige Konferenzen dieser Reihe sind auf der Website der IIA unter www.theiia.org erhältlich. Exemplare der Publikation "Information Security Management and Assurance: A Call to Action for Corporate Governance" (Bestellnummer: W 399) können **telefonisch unter ++770-442-8633 DW 275, per Fax unter ++770-442-9742 oder per e-mail unter iiapubs@pbd.com** angefordert werden.

* * * * *

Der jüngste vierteljährliche Newsletter des Public Management Service (PUMA) der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) untersucht die Bemühungen, die von verschiedenen Ländern zur Verbesserung ihres Informationsflusses durch die Einbindung der Bürger in die Entwicklung von Politiken und Strategien unternommen werden. Viele Länder äußerten sich besorgt über das geringe oder schwindende Vertrauen in öffentliche Institutionen, und als Folge kamen 30 Vertreter aus 22 Ländern in Paris zusammen, um am Treffen der OECD-Arbeitsgruppe für Beziehungen zwischen Verwaltungen und Bürgern teilzunehmen. Dabei wurden Fallstudien aus fünf Ländern –Kanada, Dänemark, USA, Frankreich und Ungarn – präsentiert. Außerdem antworteten 21 Mitgliedstaaten sowie die Europäische Kommission auf die von der OECD durchgeführte Umfrage zum Thema "Verstärkung der Beziehungen zwischen Verwaltung und Bürger". Auf der Focus-Website unterwww.oecd.org/puma/focus können Leser dieser Zeitschrift, die den Postweg umgehen möchten, FOCUS via e-mail im Adobe Portable Document Format (PDF) elektronisch abonnieren. Auf dem

Postweg sind Exemplare von FOCUS erhältlich bei: PUMA/ OECD 2, rue André-Pascal, 75775 Paris Cedex 16 Frankreich (Fax: ++33-1-45-24-87-96) oder per e-mail: pum.contact@oecd.org. Website: www.oecd.org/puma/focus.

* * * * *

Vielleicht sind die Leser dieser Zeitschrift an der Möglichkeit interessiert, eine neue Publikation mit dem Titel *Global Futures Bulletin* zu abonnieren, die vom Institut für globale Zukunftsforschung (IGFR) herausgegeben wird. Das IFGR wurde als unabhängiges Forschungszentrum für die Untersuchung dringlicher globaler Themen eingerichtet. Die Publikation *Global Futures Bulletin* erscheint alle zwei Monate und wird per e-mail an alle Mitglieder und Abonennten verschickt. Nähere Informationen über das *Global Futures Bulletin* sind erhältlich bei: **Institute for Global Futures Research P.O. Box 263E, Earlville, Qld 4870, Australien, e-mail: igfr@igfr.org.** ■

INTOSAI Intern

Neues vom XVII. INCOSAI 2001

Vorbereitungen für den 17. INTOSAI Kongress 2001

Das Sekretariat für den 17. INCOSAI hat bereits rund 75 % der Länderpapiere zu den verschiedenen Themen und Unterthemen in elektronischem Format erhalten. Das koreanische Board of Audit and Inspection (BAI) wird diese Papiere gemeinsam mit Zusammenfassungen und anderen relevanten Unterlagen auf die Kongress-Homepage (www.koreasai.go.kr) stellen und damit den Teilnehmern bereits vor dem Kongress den Zugang zu Informationen ermöglichen, die sie für ihre Vorbereitungen auf die Diskussionen des Kongresses benötigen.

Außerdem wird das BAI aufgrund seiner im Zuge der Organisation der 47. INTOSAI Präsidiumstagung gesammelten Erfahrungen seine Homepage für den 17. INCOSAI bis zum März 2001 aktualisieren und eine Vielzahl von Informationen für die Kongressteilnehmer bereitstellen. Die Gastgeber-ORKB tut ihr Möglichstes, um einen wirtschaftlichen, mühelosen und effizienten Informationsfluss zwischen dem Kongress-Sekretariat und den INTOSAI-Mitgliedern zu gewährleisten.

Damit der Erfolg des 17. INCOSAI garantiert ist, überprüft das BAI detailliert alle Aspekte der Vorbereitungen, einschließlich der Konferenzen, Themendiskussionen, Ankunft und Betreuung der Teilnehmer, Konferenzräume und Unterbringung, Dolmetsch- und Übersetzungsdienste, kulturelle Veranstaltungen und das Programm für die Begleitpersonen. Korea greift dabei auf die Erfahrungen zurück, die es bei der Organisation der Präsidiumstagung gemacht hat, und hat versprochen, alles zu tun, um das Auftreten eventueller Probleme während des Kongresses zu verhindern bzw. so gering wie möglich zu halten.

Einsatz von moderner Technologie

Die koreanische ORKB hat sich die jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie zunutze gemacht, um sowohl für die Teilnehmer als auch die Organisatoren der 47. INTOSAI Präsidiumstagung die Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Veranstaltung zu garantieren, und plant für den 17. Kongress dasselbe Ziel zu verwirklichen.

Im Februar 2000 wurde für die Präsidiumstagung eine Internet-Homepage in den fünf Arbeitssprachen der INTOSAI eingerichtet. Diese Homepage war die erste dieser Art in der Geschichte der INTOSAI. Sie bot den INTOSAI-Mitgliedern, die an der Tagung teilnehmen wollten, die Möglichkeit zur Online-Anmeldung und versorgte sie mit einer Vielzahl von Informationen über die Veranstaltung. Die Mitglieder wurden aufgefordert mit der koreanischen ORKB per e-mail in Kontakt zu treten. Die ORKBn bereiteten Konferenzunterlagen vor und schickten sie auf elektronischem Weg an die ORKB Koreas – eine sehr viel schnellere und billigere Methode als die bisherige. Außerdem erstellte die koreanische ORKB alle erforderlichen Dokumente, Aufkleber und Drucksachen für die Präsidiumstagung mittels Textverarbeitungs-, Graphik- und Desktop Publishing-Programmen anstelle diese Arbeiten extern in Auftrag zu geben. Während der Tagung standen den Mitgliedern fünf an ein lokales Netzwerk angeschlossene Computer zur Verfügung, um Dokumente zu erstellen, im Internet zu surfen und e-mails zu verschicken. Alle Benutzer fanden die Computer und die e-mail-Dienste sehr hilfreich und praktisch.

Nähere Informationen über den Kongress 2001 sind erhältlich bei: XVII INCOSAI Secretariat, Board of Audit and Inspection, #25-23 Samchung-dong, Chongro-ku, Seoul 110-706, Korea (Tel.: ++82-2-7219-290; Fax: ++82-2-7219-297, 276; und e-mail: koreasai@koreasai.go.kr).

Drittes Seminar über Wirtschaftlichkeitsprüfung für 2001 geplant

Der ständige Ausschuss für EDV-Prüfung der INTOSAI wird im Mai 2001 in Slowenien das dritte Seminar über Wirtschaftlichkeitsprüfung veranstalten. Das INTOSAI-Präsidium bestätigte diese Entscheidung, die vom ständigen Ausschuss für EDV-Prüfung auf seiner 44. Tagung im Oktober 1998 in Montevideo vorgebracht wurde. Seit diesem Zeitpunkt haben viele ORKBn Interesse an einer Teilnahme am Seminar gezeigt.

Im Herbst 1999 und Frühling 2000 wurden von verschiedenen ORKBn mehrere Fachbereiche und Themen vorgeschlagen, die im Juli 2000 erörtert wurden. Schließlich wurden die folgenden fünf Themen ausgewählt:

- wirtschaftlich motivierte IT-Investitionen der öffentlichen Hand,

- mögliche Gründe für das Scheitern von IT-Projekten,
- für IT-Projekte verwendete Mittel
- Bereitstellung von Informationstechnologie

Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) mit multilateralem Informationsaustausch.

Fünf ORKBn (Indien, Großbritannien, Polen, Kanada und die Niederlande) wurden gebeten, die Hauptvorträge für das Seminar zu auszuarbeiten. Diese Vorträge sollen im Herbst 2000 an die Verfasser der Länderbeiträge verteilt werden. Bis jetzt laufen die Seminarvorbereitungen genau nach Plan.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Bengt E. W. Andersson (bengt.andersson@rrv.se), schwedische Oberste Rechnungskontrollbehörde, Koordinator des Redaktionsbeirats, oder Silva Jamnik, Mitglied des slowenischen Rechnungshofs.

Erste Euro-Amerikanische Konferenz der Obersten Rechnungskontrollbehörden

„Kooperation zwischen ORKBn im Zuge der Integration und Globalisierung" war das Thema der ersten Euro-Amerikanischen Konferenz der Obersten Rechnungskontrollbehörden, die am 17. und 18. Februar in der spanischen Hauptstadt Madrid stattfand. Initiator der Konferenz war der spanische Rechnungshof unter dem Ehrenvorsitz Seiner Majestät, des Königs von Spanien.

Neben dem spanischen Rechnungshof nahmen an dieser Konferenz 27 ausländische Delegationen (12 europäische Länder, 14 lateinamerikanische Länder sowie der Europäische Rechnungshof) teil, darunter hochrangige Vertreter der ORKBn aus Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Dänemark, Deutschland, Ecuador, El Salvador, Estland, Frankreich, Großbritannien, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Nicaragua, Norwegen, Österreich, Paraguay, Peru, Polen, Portugal, die Russische Föderation, Slowenien, Tschechien und Venezuela.

Die meisten dieser ORKBn sind Mitglieder der EUROSAI (Europäische Organisation Oberster Rechnungskontrollbehörden, die sich aus 41 Institutionen zusammensetzt) oder der OLACEFS (Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden Lateinamerikas und der Karibik, die aus 20 Institutionen besteht). Die anderen Teilnehmer waren geladene Vertreter mit denen diese Organisationen Kooperationsabkommen unterzeichnet haben.

Das Konferenzthema wurde aufgrund seiner Relevanz für die ORKBn ausgewählt und aufgrund der Wichtigkeit eines Erfahrungsaustausches und einer gemeinsamen Erörterung der kooperativen Strategien, die diese staatlichen Finanzkontrollinstitutionen für eine effiziente Erfüllung ihrer Aufgaben im Kontext der Globalisierung und Dezentralisierung benötigen. So sind zum Beispiel eine Reihe von europäischen Ländern Beitrittskandidaten zur Europäischen Union oder zur Europäischen Währungsunion. Ebenso wurden in Lateinamerika verschiedene regionale Integrationsprozesse etabliert, wie zum Beispiel der Gemeinsame Markt Südamerikas (MERCOSUR), die Andengemeinschaft (CAN) und das System der zentralamerikanischen Integration (SICA).

Die Integrations- und Globalisierungsprozesse bringen nicht nur bedeutende politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungen mit sich, sondern beeinflussen auch die Organisation des öffentlichen Sektors sowie dessen Verwaltung und Kontrolle. Externe Prüfungsinstitutionen, die in offene Systeme integriert werden, stehen auf allen Ebenen (national, supranational und regional) einer neuen, wettbewerbsorientierten Umgebung gegenüber. Aus all diesen Gründen bot die Konferenz eine wertvolle Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zu erörtern.

Tagung des INTOSAI-Ausschusses für Staatsschuld in London

Am 4. und 5. Mai 2000 tagte der Ausschuss für Staatsschuld der INTOSAI in London. Zu den teilnehmenden Ländern zählten Mexiko (Vorsitz), Großbritannien, Jordanien, Kanada, Litauen, Portugal, Russland, Schweden, Sambia und die Vereinigten Staaten.

Die Tagung wurde mit einer Begrüßungsansprache von Sir John Bourn, dem Comptroller und Auditor General von Großbritannien, eröffnet. Im Anschluss an einen Vortrag von Mike Williams, dem Leiter der britischen Staatsschuldenverwaltung, präsentierte der mexikanische Delegierte einen Auszug aus einem Dokument mit dem Titel „Rechtliche Aspekte der Staatsverschuldung Mexikos".

Am ersten Tag der Veranstaltung führten die Ausschussmitglieder eine Nachbereitung der Tagung vom November

Die Mitglieder des Ausschusses für Staatsschuld nehmen in einer Konferenzpause Aufstellung für ein Gruppenfoto.

1999 durch. Das erste dabei erörterte Thema waren die Fortschritte bei der Publikation der *Richtlinien für die Planung und Durchführung einer Prüfung der internen Kontrollen für Staatsverschuldung* und der *Richtlinien für die Berichterstattung über Staatsverschuldung*. Die Vereinigten Staaten präsentierten das in englischer und spanischer Sprache veröffentlichte Dokument über die Prüfung der internen Kontrollen und verteilten Exemplare unter den Mitgliedern, die im Anschluss darüber diskutierten, ob die Richtlinien als offizielles Dokument veröffentlicht werden können, da sie noch nicht in den anderen drei Arbeitssprachen der INTOSAI – Französisch, Deutsch und Arabisch – erhältlich seien. Kanada merkte an, dass die französische Übersetzung bereits verfügbar sei. Die Mitglieder beschlossen, dass das Dokument nach Möglichkeit ins Arabische und Deutsche übersetzt werden sollte, dass alle fünf Versionen ins Internet gestellt werden sollten und dass die arabische und deutsche Version nicht als gedruckte Dokumente veröffentlicht werden sollten.

Großbritannien erklärte, dass es von den Vereinigten Staaten die Korrekturfahnen der Richtlinien für die Berichterstattung über Staatsverschuldung erhalten habe, aber noch keine Zeit gefunden habe, die Korrekturfahnen zu lesen und den Druck vorzubereiten.

Sambia lieferte aktuelle Informationen über sein Projekt zur Entwicklung eines Systems zur Bestimmung und Bemessung sowie zur Dokumentation der Staatsverschuldung. Sambia berichtete über die erzielten Fortschritte und merkte an, dass es jetzt möglich wäre, die „Zahlen zu prüfen". Die Mitglieder waren der Meinung, dass andere Staaten ebenfalls vom Modell Sambias lernen und ihre Finanzministerien in Sachen Staatsverschuldung mit den jeweiligen ORKBn zusammenarbeiten könnten. Sambia erklärte sich bereit, eine Fallstudie zu verfassen und für das nächste Treffen des Ausschusses eine Kurzdarstellung vorzubereiten.

Gegenstand der Diskussionen im Ausschuss war auch die Website des INTOSAI-Ausschusses für Staatsschuld (die gerade von Mexiko eingerichtet wird). Mexiko erklärte einige Elemente der Website und bemerkte, dass geplant sei, einige Details auf Spanisch hinzuzufügen. Die Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, Mexiko über interessante Websites für mögliche Links zu informieren; es wurde allerdings auch angemerkt, dass in manchen Fällen Sprachbarrieren existieren könnten. Der Ausschuss beschloss, dass Mexiko einen Link zur Website der INTOSAI erstellen sollte.

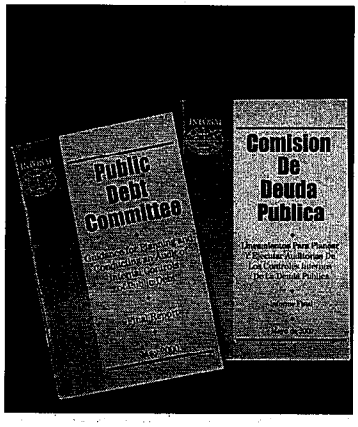
Weiters wurde vom Ausschuss die Erweiterung seiner Funktion erörtert, die in Zukunft auch die Prüfung anderer Finanzinstitutionen umfassen soll. Kanada erklärte sich bereit, eine Stellungnahme für die nächste Tagung zu verfassen, die die Vorteile einer solchen Erweiterung darstellen soll, und wird auch untersuchen, ob sich dieses Vorhaben mit der Arbeit des Privatisierungsausschusses überschneidet.

Letztlich diskutierte der Ausschuss über seine Zusammenarbeit mit anderen Ausschüssen der INTOSAI. Kanada wird vorschlagen, dass die für die INTOSAI-Ausschüsse geltenden Verfahrensregeln vorsehen, dass das Protokoll jedes Ausschusstreffens auf der Website veröffentlicht wird.

Der Rest des ersten Tages war für zwei Präsentationen über aktuelle Berichte von Mitgliedstaaten vorgesehen. Die erste Präsentation stammte von den Vereinigten Staaten und behandelte die Periodenabgrenzung in der Haushaltsrechnung anderer Staaten, und die zweite wurde von Kanada gehalten und befasste sich mit der Staatsschuldenverwaltung in Kanada.

Die Vereinigten Staaten stellten fest, dass es für den Ausschuss von Vorteil wäre, seine öffentliche Präsenz zu verstärken und an der internationalen Schuldenkonferenz teilzunehmen bzw. dafür Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Die Ausschussmitglieder waren sich darin einig, dass der Ausschuss eine proaktive Rolle bei der Bekanntmachung der Arbeit der INTOSAI übernehmen solle. Daher erklärten sich die Vereinigten Staaten bereit, die Weltbank und die OECD hinsichtlich der Konferenz zu kontaktieren, und Kanada wird gangbare Möglichkeiten untersuchen, um die Arbeit der INTOSAI durch den Internationalen Währungsfonds einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Der Ausschuss beschloss, dieses Thema als offenen Punkt auf die Agenda der nächsten Tagung zu setzen.

Der Ausschuss erörterte auch die Fortschritte seiner derzeitigen Projekte. Zuerst präsentierten die Vereinigten Staaten ein Dokument mit dem Titel „Finanzforderungen: Auswirkungen auf die Schuldenverwaltung und die Rolle der ORKBn". Die Vereinigten Staaten merkten an, dass es sich hierbei um ein Diskussionspapier handele, und dass sie es begrüßen würden, für das Dokument noch weitere Beispiele zu erhalten. Danach stellte Kanada ein Dokument mit dem Titel „Staatsschuldenverwaltung und Verwundbarkeit: Rolle der ORKBn?" vor. Kanada bemerkte, dass eine Erweiterung des Dokuments



Die jüngste Publikation des Ausschusses für Staatsschuld ist in Englisch, Französisch und Spanisch verfügbar; hier abgebildet sind die englische und die spanische Version.

geplant sei, um unter anderem die verschiedenen geeigneten Testmethoden aufzuführen und das von den USA auf der Tagung erwähnte Beispiel mit einzubeziehen.

Der Rest der Tagung war zwei Vorträgen über die laufende Arbeit der Mitglieds-ORKBn vorbehalten. Die Vereinigten Staaten hielten einen Vortrag zum Thema Schuldenverwaltung in Zeiten des Haushaltsüberschusses und Schweden bot einen Überblick über seine laufende Arbeit sowie Feststellungen der schwedischen Staatsschuldenverwaltung. Am Ende der Tagung dankte das Vorsitzland den Mitgliedern für ihre Beiträge zu den Beratungen des Ausschusses und Großbritannien für seine Gastfreundschaft.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Contador Mayor de Hacienda, Av. Coyocan 1501, Col. del Valle, Deleg. Benito Juarez 03100, Mexico D.F., Mexiko, e-mail: cmhasesor@mexis.com.

Als Beitrag zur Kommunikationsstrategie der INTOSAI, führt die Zeitschrift eine Liste von e-mail- und Internetadressen von ORKBn, INTOSAI-Programmen und damit verbundenen Berufsorganisationen. Interessenten können die Liste, die regelmäßig aktualisiert wird, bei der Zeitschrift anfordern: <chases@gao.gov>. ■

Als Beitrag zur Kommunikationsstrategie der INTOSAI, führt die Zeitschrift eine Liste von e-mail- und Internetadressen von ORKBn, INTOSAI-Programmen und damit verbundenen Berufsorganisationen. Interessenten können die Liste, die regelmäßig aktualisiert wird, bei der Zeitschrift anfordern: <chases@gao.gov>.

INTOSAI-Veranstaltungskalender 2000/01

Oktober

8. ASOSAI Generalversammlung
Chiang Mai, Thailand
10. bis 14. Oktober

Treffen des Komitees für Staatsschulden
Washington D.C., Vereinigte Staaten von Amerika
27. Oktober

November

SPASAI Kongress
Sydney, Australien
16. bis 18. November

CAROSAI Kongress
Basseterre, St. Kitts
19. bis 25. November

Treffen des Komitees für die EDV-Prüfung
Neu Delhi, Indien
20. bis 21. November

10. Generalversammlung der OLACEFS
Brasil, Brasilien
20. bis 24. November

Dezember

2001
Januar

Februar

März

April

Mai

Treffen des Komitees für die EDV-Prüfung
Ljubljana, Slowenien
14. bis 16. Mai

Juni

Juli

August

September

Anmerkung des Herausgebers: *Dieser Veranstaltungskalender ist ein Baustein der Kommunikationsstrategie der INTOSAI und soll zu einer besseren Terminvorschau und –abstimmung beitragen. Diese regelmäßig erscheinende Rubrik der Zeitschrift enthält INTOSAI-Veranstaltungen und Veranstaltungen der Regionalorganisationen wie Kongresse, Generalversammlungen und Präsidialtagungen. Aus Platzgründen können die zahlreichen regionalen Schulungsveranstaltungen keine Berücksichtigung finden. Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte das Generalsekretariat der jeweiligen regionalen Arbeitsgruppe.*

INTOSAI

Printed on
Recylced Paper